



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermundigen

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2015/1

Datum/Zeit	Donnerstag, 12. Februar 2015, 17:00 - 20:15 Uhr	
Ort	Tellsaal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Mahler Rudolf (SP)	1
Mitglieder	Blaser Peter (SP)	
	Burckhardt Andreas (Grüne)	ab 17.55 Uhr
	Burkhalter Hans Rudolf (Grüne)	
	Grossniklaus Bruno (parteilos)	
	Ögüt Hasan (SP)	
	Kehrli Rudolf (SP)	
	Lehmann Werner (SP)	
	Nova Colette (SP)	
	Thomann Andreas (SP)	
	Thomann Thulani (SP)	
	Zeyer Christian (SP)	
	Zeyer Priska (parteilos)	12
	Burri Simon (SVP)	
	Friedli Hans Peter (SVP)	
	Hausammann Hans Rudolf (SVP)	
	Hirsiger Ernst (SVP)	
	Müller Lucia (SVP)	
	Schneiter Roger (SVP)	
	Studer Martin (SVP)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	
	Zysset Walter (SVP)	9
	Bolliger Renate (EVP)	ab 17.50 Uhr
	Fels Silvia (EVP)	ab 18.00 Uhr
	Wagner Peter (EVP)	
	Wagner Rahel (EVP)	4
	Hubschmid Roger (FDP)	
	Leumann Beat (FDP)	ab 17.50 Uhr
	Rutschi Raphael (FDP)	ab 17.55 Uhr
	Weibel Tobias (FDP)	4
	Bendoza Thomas (parteilos)	ab 17.25 Uhr
	Rüfli Roland (FORUM)	
	Schaller Esther (FORUM)	3
	Alberucci Luca (GLP)	ab 17.15 Uhr
	Gasser Melanie (GLP)	ab 17.20 Uhr
	Luyet Cédric (GLP)	3
	Löhrer Sandra (CVP)	
	Rippstein Eduard (CVP)	2
	Total anwesend	38

Mitglieder Gemeinderat	Blaser Erich (SVP), Ernst Synes (CVP), Iten Thomas (Gemeindepräsident parteilos), Lüthy Ursula (Grüne), Panayides Aliko (SVP), Schoop Henrik (FDP), Unteregger Schütz Regula (SP) sowie die Gemeindeschreiberin Steudler Barbara
Protokoll	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Hess Rudolf (SVP) und Weber Marlis (parteilos)
Berater	zu den Traktanden Nr. 7 und 8: Roland Hänni, Abteilungsleiter Hochbau ad Interim

TRAKTANDEN

1. Inventarisierung von Lücken und Schwachstellen im Velonetz und Konzept zur Verbesserung der Veloinfrastruktur; Kenntnisnahme7
2. Motion der FDP.Libérale-Fraktion betreffend mehr KiTa-Plätze: Anpassung der Aufnahmekriterien (Art. 7) in der "Verordnung für die Kindertagesstätte Ostermundigen"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....9
3. Motion Rudolf Mahler (SP) und Mitunterzeichnende betreffend klares Temporegime auf Ostermundigens Strassen; Genehmigung Bericht der Arbeitsgruppe "Temporegime 30/50" 11
4. Einfache Anfrage Tobias Weibel (FDP) und Mitunterzeichner betreffend bevorstehende Bauvorhaben auf den heutigen Fussballplätzen Oberfeld; schriftliche Beantwortung..... 18
5. Wahl- und Abstimmungsreglement (WAR); Genehmigung der Teilrevision 19
6. Reglement über den gemeinsamen Versand des Wahlmaterials und die Ausrichtung von Kostenbeiträgen an die Wahlaufwendungen der politischen Parteien und Wählergruppen (RVWM); Genehmigung der Totalrevision..... 20
7. Ahornstrasse 1 und 3: Errichtung eines provisorischen Doppelkindergartens;

Kreditgenehmigung.....	21
8. Oberfeldweg 11: Zumiete von Räumlichkeiten für einen Doppelkindergarten; Genehmigung der Kreditabrechnung.....	24
9. Überparteiliche Motion betreffend politische Integration von Jugendlichen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	25
10. Motion FDP.Libérale-Fraktion betreffend Vereinbarkeit von Familie/Schule/ Beruf: Anpassung der Sportferien an die Stadt Bern; Erheblicherklärung/Ab- lehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	27
11. Motion FDP.Libérale-Fraktion betreffend Öffnung des Schermenwegs für den motorisierten Verkehr; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	28
12. Motion Thulani Thomann (SP) und Mitunterzeichnende betreffend der Errich- tung zweier zusätzlicher Feuerstellen in der Parkanlage Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	32
13. Motion Thulani Thomann (SP) und Mitunterzeichnende für eine neue "Wall of Fame" (Graffitiwand) in Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	34
14. Interpellation FDP.Libérale-Fraktion betreffend neues Verwaltungszentrum - Stand der Dinge; schriftliche Beantwortung.....	35
15. Interpellation Colette Nova (SP) betreffend Unterdeckung der Personalvorsor- gestiftung der Einwohnergemeinde Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) und Kosten für die Gemeinde Ostermundigen; schriftliche Beantwortung	36
16. Interpellation SP/Grüne-Fraktion betreffend Vernetzung von Angeboten für Familien mit Kindern im Vorschulalter und deren zukünftige Standorte; schriftliche Beantwortung.....	41
17. Interpellation Thulani Thomann (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Lärmschutzwand für eine freie Nutzung des Jugend- und Freizeithauses "Hangar"; schriftliche Beantwortung.....	42
18. Überparteiliche Motion betreffend Sanierung der Personalvorsorgestiftung der	

Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO); parlamentarischer Neueingang	43
19. Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Verlängerung des Pachtvertrags von Stef's Kulturbistro; parlamentarischer Neueingang.....	45
20. Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Auflösung der Spezialfinanzierung „Abgeltung Planungsvorteile und Nutzungsabgaben durch Dritte“; parlamentarischer Neueingang.....	46
21. Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Auslagerung und Übertragung der KiTa-Plätze am Standort „Hummelinäscht“ an eine private Institution; parlamentarischer Neueingang.....	48
22. Postulat Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Doppelgelenkbusse auf der Linie 10; parlamentarischer Neueingang	49
23. Postulat Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Raum für einen Gewerkepark; parlamentarischer Neueingang.....	50
24. Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Musikschulzentrum Unteres Worblental - Stand der Dinge; parlamentarischer Neueingang	51
25. Interpellation GLP/CVP-Fraktion betreffend finanzielles Optimierungspotential bei einer Zentralisierung der Gemeindeverwaltung in einem neuen Verwaltungszentrum; parlamentarischer Neueingang	52
26. Mündliche Anfrage Andreas Thomann (SP) betreffend die Auswirkungen der Behörden- und Verwaltungsreform.....	53

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 1. Sitzung des Grossen Gemeinderates des Jahres 2015. Ich heisse ebenfalls die Vertretenden der Presse sowie die anwesenden Zuschauerinnen und Zuschauer herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Es sind 30 Ratsmitglieder anwesend und der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Anstelle von Michael Werner (FDP) nimmt per 1.1.2015 neu Beat Leumann (FDP) im Parlament Einsitz.
2. Raphael Rutschi (FDP) hat seinen Rücktritt als Parlamentsmitglied per 30. April 2015 eingereicht.
3. Thomas Bendoza ist per 1.1.2015 neu Mitglied der CVP/GLP-Fraktion. Er wird jedoch bis Ende der Legislatur 2013 - 2016 als gewählter Volksvertreter der Liste Nr. 3 FORUM als "parteilos" geführt.
4. Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nimmt zu den Traktanden Nr. 7 und 8 (Doppelkindergarten Ahornstrasse und Doppelkindergarten Oberfeldweg 11) der Abteilungsleiter ad Interim Hochbau, Roland Hänni, an der heutigen Sitzung teil.
5. Da der Stimmenzähler Andreas Burckhardt (Grüne) nicht anwesend ist, hat das Parlament einen Ersatzstimmenzähler zu wählen.

A b s t i m m u n g

Hasan Ögüt (SP) wird einstimmig als interimistischer Stimmenzähler gewählt.

6. Der diesjährige Ratsausflug findet am Mittwoch, 13. Mai 2015 ab 14.00 Uhr statt. Die Einladung wird zu gegebener Zeit verschickt.
7. Die nächste Sitzung findet termingemäss am 7. Mai 2015 statt.
8. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns im Restaurant „National - La Favorita“ zu einem Imbiss. Der Imbiss wird von mir offeriert. Die Getränke sind vor Ort selber zu bezahlen.

Traktandenliste

- ① Traktandum Nr. 5: „Wahl- und Abstimmungsreglement (WAR); Genehmigung der Teilrevision“ wird zur Überarbeitung zurückgezogen.
- ① Traktandum Nr. 6: „Reglement über den gemeinsamen Versand des Wahlmaterials und die Ausrichtung von Kostenbeiträgen an die Wahlaufwendungen der politischen Parteien

und Wählergruppen; Genehmigung der Totalrevision" wird zur Überarbeitung zurückgezogen.

- ① Traktandum Nr. 18: "Orientierungen des Gemeinderates" - Es liegen keine Themen vor. Das Geschäft wird ersatzlos von der Traktandenliste gestrichen.

Parlamentarische Neueingänge

Die folgenden parlamentarischen Vorstösse sind heute Abend eingereicht worden:

- Überparteiliche Motion betreffend Sanierung der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO)
- Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Verlängerung des Pachtvertrags von Stef's Kulturbistro
- Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Auflösung der Spezialfinanzierung „Abgeltung Planungsvorteile und Nutzungsabgaben durch Dritte“
- Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Auslagerung und Übertragung der KiTa-Plätze am Standort „Hummelinäscht“ an eine private Institution
- Postulat Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Doppelgelenkbusse auf der Linie 10
- Postulat Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Raum für einen Gewerbepark
- Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Musikschulzentrum Unteres Worblental - Stand der Dinge
- Interpellation GLP/CVP-Fraktion betreffend finanzielles Optimierungspotential bei einer Zentralisierung der Gemeindeverwaltung in einem neuen Verwaltungszentrum

B e s c h l u s s

Die aktualisierte Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

10.3.72	Motionen
40.1.18	Radwegnetz, Allgemeines
40.1.44	Strassenprojekte (Strassen, Radwege, Wohnstrassen)

1. Inventarisierung von Lücken und Schwachstellen im Velonetz und Konzept zur Verbesserung der Veloinfrastruktur; Kenntnisnahme

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Peter Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion nimmt von der Inventarisierung von Lücken und Schwachstellen in der Veloinfrastruktur Kenntnis und bedankt sich bei den Beteiligten für ihre Arbeit. Es ist auch uns ein Anliegen, dass sich die Velofahrer sicher in Ostermundigen bewegen können. Wegen der angespannten Finanzlage sind die Massnahmen aber als Wunschbedarf einzustufen. Deshalb hat die EVP bei der Verabschiedung des Finanzplans den Antrag gestellt, die Investitionen in die Prioritätsstufe 3 zu setzen, was vom Parlament gutgeheissen wurde.

Noch eine kleine Bemerkung:

Auf den Ausdruck der Bilder mit den Beschrieben der einzelnen Massnahmen hätte man verzichten können, um Kosten einzusparen. Die Dokumentation hätte auf dem Gemeindeserver zur allgemeinen Begutachtung aufgeschaltet oder auf Verlangen in Papierform abgegeben werden können. Ein Hinweis darauf hätte in den GGR-Unterlagen unserer Ansicht nach genügt.

Christian Zeyer (SP): Auch die SP/Grüne-Fraktion hat das Geschäft geprüft. Besten Dank für den umfangreichen Bericht inkl. der Unterlagen. Die Sofortmassnahmen sind im Budget 2015 enthalten. Die Massnahmen sollten im Jahre 2016 realisiert werden. Trotz der schwierigen Finanzlage ist es richtig, diese umfangreiche Bestandesaufnahme vorzunehmen und die umfangreichen Unterlagen dem Parlament zuzustellen.

Wir hoffen, dass die Unterlagen nicht in die Schublade verschwinden und verstauben werden. Bei notwendigen Strassensanierungsmassnahmen sind die im Bericht erwähnten Veloschwachstellen zu eliminieren. Der Veloverkehr bringt eine Entlastung für die Strassen. Aus diesem Grund muss der Veloverkehr gefördert werden.

Tobias Weibel (FDP): Velofahren ist eine schwierige Sache. Velofahren erfordert von den Velofahrern selbst, aber auch von allen anderen Verkehrsteilnehmern höchste Aufmerksamkeit und Rücksicht. Ich persönlich lege über alle vier Jahreszeiten hinweg jährlich rund 3'500 Kilometer mit meinem Drahtesel zurück. Auf meinem Arbeitsweg zählt der Mundiger-Abschnitt jedoch noch zum bequemeren Terrain, wenn man so will. Auf der anderen Seite der Grenze wird es dann schon mehr zu einer Holperpartie. Tönt komisch, ist aber so.

Wir können daher nicht den Anspruch haben, überdurchschnittlich zu sein. In den einzelnen Quartieren ist die bereits erwähnte Aufmerksamkeit zudem wichtiger als alles andere. So ist es bestimmt gut, dass es diese Inventarisierung gibt. Eine sofortige Durchsetzung ist dann jedoch ein anderes Thema.

Hans Peter Friedli (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt von diesem Bericht Kenntnis. Die Situation in der Gemeinde Ostermundigen zeigt, dass wir praktisch keine Unfälle mit Fahrrädern haben. Also ist das Konzept reiner Wunschbedarf. Kurz- und mittelfristig besteht absolut kein Handlungsbedarf, dieses Konzept umzusetzen.

In der Dezember-Sitzung haben wir festgestellt, dass die Gemeinde Ostermundigen über ihren finanziellen Verhältnisse wirtschaftet und wir kostenbewusster Entscheidungen treffen müssen. Also können wir nicht schon knapp zwei Monate später neue Kosten, welche nicht zwingend notwendig sind, auslösen. Denn unsere finanzielle Situation in der Zukunft kennen wir nicht. Aber wir wissen alle, dass in naher Zukunft zwingende Ausgaben resp. Investitionen zu erwarten sind.

Unseres Erachtens darf dieses Projekt erst ausgeführt werden, wenn unsere Gemeindefinanzen ausgeglichen sind. Trotz allem sind wir mit dem budgetierten Kredit (Position A) in der Laufenden Rechnung einverstanden.

Zugleich fordere ich das gesamte Parlament inkl. den Gemeinderat auf, gemeinsam unsere Finanzen ins Gleichgewicht zu bringen. Dies erreichen wir nur, wenn wir alle auf Wunschbedarf verzichten und einen befristeten Leitungsabbau umsetzen, bis die geplanten Mehrsteuereinnahmen eintreffen und wirksam werden.

Ich bedanke mich bei allen für den guten Willen und das Engagement zugunsten unserer Gemeinde.

1)

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Regula Unteregger Schütz (SP): Besten Dank für die zustimmenden Voten. Das Geschäft ist nicht erst in den letzten Wochen entstanden. Sämtliche Velostrecken wurden vor Ort kontrolliert. Bei der Erarbeitung des Konzeptes wurden stets auch die Gemeindefinanzen berücksichtigt. Das umfangreiche Konzept zeigt der Verwaltung auf, wo allfällige Sanierungen und Umgestaltungen des Veloverkehrs notwendig werden.

Nichts desto trotz hat das Parlament die Massnahmen im Finanzplan der Prioritätsstufe 3 "Wunschbedarf" zugewiesen. Allerdings sollen bereits in diesem Jahr einige kleinere Verbesserungen vorgenommen werden. Das Konzept wird nicht in der Schublade verschwinden.

Den Hinweis von Tobias Weibel (FDP) betreffend die umfangreichen farbigen Beilagen nehme ich entgegen. Das nächste Mal werden wir da tatsächlich Einsparungen vornehmen.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Die „Inventarisierung von Lücken und Schwachstellen in der Veloinfrastruktur“ und das „Konzept zur Verbesserung der Veloinfrastruktur“ werden zur Kenntnis genommen.

¹ Luca Alberucci (GLP) nimmt ab 17.15 Uhr an der Sitzung teil. Damit sind 31 Ratsmitglieder anwesend.

10.3.72	Motionen
10.0.03	Verordnungen
63.13.05	Gesetze, Dekrete, Vorschriften, Reglemente (früher: 63.151)

2. Motion der FDP.Libérale-Fraktion betreffend mehr KiTa-Plätze: Anpassung der Aufnahmekriterien (Art. 7) in der "Verordnung für die Kindertagesstätte Ostermundigen"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Tobias Weibel (FDP): Die vorliegende Motion, welche eine Definierung der Altersgrenze in den Kindertagesstätten (KiTa) vorsieht, wird die Wirkung haben, mehr Familien Zugang zu dieser Ergänzungsleistung zu ermöglichen. Diese Kinder, welche den Mittag künftig nicht mehr in den KiTas sondern in den Tagesschulen verbringen, werden dort nicht alleine sein. Im Gegenzug werden in den KiTas Plätze frei, ungefähr 10 bis 15 an der Zahl. In der Gemeinde Muri beispielsweise funktioniert dieses Modell bereits.

Während der letzten Sitzung hat der Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport beim Punkt des Sparvorhabens in der Aufgabenhilfe erwähnt, in den Tagesschulen wäre noch Kapazität für solche Leistungen vorhanden. Das heisst, es müsste eigentlich noch Spielraum für einige Beine mehr unter den Tischen dort vorhanden sein. Natürlich sind wir offen für Ausnahmen in einzelnen Fällen und das soll so im Reglement festgehalten werden.

In Anbetracht der kürzlichen Änderung durch die Schulkommission, wo nun Kinder mit einem Aufenthalt ab drei Tagen in den KiTas jeweils zu Hause abgeholt werden, bildet diese Motion auch eine Entlastung für das Personal.

Priska Zeyer (parteilos): Die SP/Grüne-Fraktion lehnt die vorliegende Motion ab. Wir unterstützen die Antwort des Gemeinderates. Kindergärteler, welche erst vier Jahre alt sind, sind von den Strukturen der Tagesschule überfordert. Beim Jugendamt sind in den letzten Jahren viel mehr Anfragen für einen Platz in einer Tagesfamilie eingegangen und dies vor allem für Kindergartenkindern, welche noch nie die Tagesschule besucht haben. Diese sind dort schlecht aufgehoben.

Solange es keine getrennten Gruppen für kleinere und grössere Kinder gibt, macht es keinen Sinn, die Kriterien für die Aufnahme zu ändern. Zu einem späteren Zeitpunkt kann darüber wieder diskutiert werden.

2)

Sandra Löhner (CVP): Es ist ein schwieriger Fall, der die vorliegende Motion ins Rollen gebracht hat. Wir haben die Motion studiert; ein zweischneidiges Schwert. Wir unterstützen die Motion trotzdem. Der Gemeinderat hat in seiner Beantwortung auf die Schwachpunkte hin-

² Melanie Gasser (GLP) nimmt ab 17.20 Uhr an der Sitzung teil. Es sind neu 32 Ratsmitglieder anwesend.

gewiesen. Die Tagesschulstrukturen entsprechen nicht den heutigen Anforderungen an die vierjährigen Kinder. Da muss noch weiter daran gearbeitet werden.

Gleichwohl macht es Sinn, Platz für die Kinder zu schaffen, welche auf der Warteliste stehen. Wenn Kinder die Plätze belegen, welche den Kindergarten besuchen, sind letztendlich nicht genügend Plätze in der Kindertagesstätte vorhanden. Die Schulkommission hat bereits einen Entscheid in diese Richtung gefällt. Die Wohnadressen werden inskünftig als Einteilungskriterium gelten und nicht mehr die Betreuungsadresse.

Uns ist es wichtig, dass in der Überarbeitung nicht die Guillotine zur Anwendung kommt. Der gesunde Menschenverstand soll zum Zuge kommen. Den speziellen Härtefällen müssen Möglichkeiten aufgezeigt werden können.

3)

Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP): Seit der gemeinderätlichen Beantwortung, datiert vom 11. November 2014, ist vieles passiert: Der Entscheid der Schulkommission liegt vor. Dieser Entscheid macht jedoch den Kindertagesstätten grosse Probleme. Uns steht eine juristische Herausforderung bevor.

Der Gemeinderat sieht den Vorteil der Forderungen. Wir wollen alles nochmals anschauen und werden das Reglement in jedem Fall überprüfen. Das heutige Reglement gilt nur für die öffentlichen Kindertagesstätten. Die Tendenz geht in die von den Motionären vorgeschlagene Richtung. Die Situation der Tagesschulen muss ebenfalls geprüft werden. Auch da liegt ein höherer Bedarf an Plätzen vor. Die Zunahmen verursachen Kosten.

Der Gemeinderat ist bereit, die Situation zu überprüfen, egal ob die Motion angenommen resp. abgelehnt wird.

Tobias Weibel (FDP): Sollte die Motion nicht überwiesen werden, ist für mich der vom Gemeinderat vorgeschlagene Sachverhalt klar.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 23 zu 9 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend mehr KiTa-Plätze: Anpassung der Aufnahmekriterien (Art. 7) in die "Verordnung für die Kindertagesstätte Ostermundigen" wird abgelehnt.
2. Der Gemeinderat ist bereit, bei der Anpassung der Verordnung das Anliegen für Ausnahmen prüfend aufzunehmen.

³ Thomas Bendoza (parteilos) nimmt ab 17.25 Uhr an der Sitzung teil. Es sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

10.3.72 Motionen
50.8.71.40 Temporegelungen

3. **Motion Rudolf Mahler (SP) und Mitunterzeichnende betreffend klares Temporegime auf Ostermundigens Strassen; Genehmigung Bericht der Arbeitsgruppe "Temporegime 30/50"**

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Ich bin als Erstunterzeichner verantwortlich für die vorliegende Motion. Ich möchte für dieses Traktandum die Sitzungsleitung an den 1. Vizepräsidenten abtreten.

1. Vizepräsident Cédric Luyet (GLP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die Motion, die ein klares Temporegime auf den Strassen Ostermundigens im Sinne von Tempo 30/50 verlangt hat, ist am 25. Oktober 2012 vom Parlament erheblich erklärt worden.

Das Ergebnis haben wir nun vor uns. Die Motionäre sind zum grössten Teil zufrieden. Wir bedanken uns bei den Abteilungen Tiefbau und Betriebe, Öffentliche Sicherheit, der entsprechenden Arbeitsgruppe und bei allen, die an diesem Konzept mitgearbeitet haben. Sie haben gute Arbeit geleistet.

Erstmalig liegt ein Konzept vor, das klare Zonen definiert und diesen Zonen auch eine angepasste Geschwindigkeit zuweist. Siedlungsorientierte Strassen sind vorwiegend 30iger-Zonen, wobei in Stichstrassen ohne Durchgangsverkehr Begegnungszonen vorgesehen sind. Wichtige Sammelstrassen sind mit 40 km/h markiert und auf Hauptstrassen kommt 40 und 50 km/h als signalisierte Geschwindigkeit vor. Nach der Umsetzung dieses Temporegimes werden die Tempobeschränkungen auf den Strassen Ostermundigens logisch, einheitlich und übersichtlich sein. Dies wird sicher dazu beitragen, dass der Verkehr ruhig und sicher fließen kann.

So weit ist es leider noch nicht. Es ist nur ein erster Schritt getan. Jetzt muss es darum gehen, die wichtigen Umsetzungsschritte möglichst schnell voranzutreiben. Das wird etwas kosten. Man muss dabei aber immer daran denken: Dieses ist Geld nicht verloren. Es ist eine Investition in eine zukunftsfähige Infrastruktur.

Das Konzept darf nicht, wie häufig zu beobachten ist, in der Schublade verschwinden. Es muss umgesetzt werden. Es wäre sonst schade um die grosse Arbeit, die geleistet worden ist.

In der Mitwirkung können vielleicht noch ein paar kleine Anpassungen gemacht werden. So müsste man eigentlich die Untere Zollgasse bis zur Gemeindegrenze beim Neuhaus komplett als 40er Signalisation weiterziehen und dort an den 40iger auf Ittigen Boden anschliessen. Ich denke da an gefährliche Situationen mit Velofahrern zwischen Gässli und Chrüzwegkreisel und an die Abzweigung zum Gartenzenter Wyss, wo es ab und zu zu brenzlichen Situationen kommt.

Weiter könnte man allenfalls ein wenig mutiger sein und die Bernstrasse ab Bahnhofunterführung entlang der Ladenstrasse bis zum Tell ebenfalls in die 40er-Signalisation hineinnehmen und dort an die bereits bestehende 40er-Signalisation anschliessen. Die Verkehrsdaten-

erhebungen mit Seitenradar haben gezeigt, dass die mittlere Geschwindigkeit auf der Bernstrasse in diesem Abschnitt weit unter 50 km/h liegt, und das ist auch vernünftig so. Man muss dort sowieso mit Fussgängerquerungen rechnen und es hat diverse Einmündungen. Im Übrigen queren beim Dreieck Kindergärteler und Schüler die Bernstrasse.

Beim Schiessplatzweg Ost wäre eine Begegnungszone angebracht (Stichstrasse, Altersheim, Alterswohnungen, Kindergarten). Es tauchen während der Mitwirkung wahrscheinlich noch weitere Ideen auf, die man prüfen kann. So kann das gelungene Werk in der Umsetzung noch gewinnen und den Anliegen vieler Ostermundiger entgegenkommen und zu einem modernen Auftritt Ostermundigens beitragen. Dann sind auch die entstehenden Kosten gerechtfertigt.

Die Punkte 1, 2 und 3 des Antrags sind also aus meiner und aus der Sicht der Fraktion SP/Grüne + Gewerkschaften in Ordnung. Wir können ihnen zustimmen und den Bericht der Arbeitsgruppe genehmigen.

Zur Beschlusseziffer Nr. 4 (*Der Gemeinderat wird beauftragt, sofern es die finanzielle Situation erlaubt, die Errichtung einer Begegnungszone im Steingrübliquartier als Pilotprojekt 2015 zu realisieren*) stellen wir den **Änderungsantrag Nr. 1:**

"sofern es die finanzielle Situation erlaubt" sei ersatzlos zu streichen und das Wort „prüfen“ durch „realisieren“ zu ersetzen. Die Beschlusseziffer Nr. 4 lautet dann wie folgt:

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Errichtung einer Begegnungszone im Steingrübliquartier als Pilotprojekt im 2015 zu realisieren.

Begründung:

Bei knappen Finanzen geht es in erster Linie darum, Fehlinvestitionen zu vermeiden. Fehlinvestitionen entstehen z. B. dann, wenn man Studien erarbeitet und dafür Geld ausgibt, aber nachher nichts umsetzt - dann hätte man nämlich besser auf die Studie verzichtet.

Rekapitulieren wir doch kurz: Am 18. Juni 2013 wurde eine Volksmotion zur Errichtung einer Begegnungszone am Steingrübliweg eingereicht. Diese wurde am 31. Oktober 2013 vom Grossen Gemeinderat erheblich erklärt. Der Gemeinderat hat sich dann entschlossen, Volksmotion und Tempomotion aus Spargründen zusammen zu behandeln. Das ist möglicherweise gerechtfertigt, wenn auch ungewöhnlich, aber sicher verschwindet dadurch die Volksmotion nicht einfach, sondern sie bleibt ein eigenständiges Geschäft.

Die Volksmotion betreffend Begegnungszone Steingrübliquartier muss in diesem Jahr umgesetzt werden. Die Volksmotionäre warten jetzt schon lange darauf.

Ich bitte den Rat, dem Antrag der SP/Grüne-Fraktion zuzustimmen.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP/GLP-Fraktion stimmt dem Vorschlag der SP/Grüne-Fraktion zu. Das ganze macht Sinn und wir haben anlässlich der Budgetdebatte im Dezember 2014 dem entsprochen. Folgedessen kann die Begegnungszone in diesem Jahr realisiert werden.

Ich möchte noch auf den Änderungsantrag der GPK (siehe Protokoll vom 4. Februar 2015; Traktandum Nr. 8) hinweisen. Der **Änderungsantrag Nr. 2** sieht eine neue Beschlusseziffer Nr. 3 folgendes vor:

Die Volksmotion betreffend die Errichtung einer Begegnungszone am Steingrübliweg Ostermundigen vom 19. September 2013 wird als erledigt abgeschrieben.

Martin Studer (SVP): Die SVP-Fraktion bewertet das Konzept als gut. Es ist eine gute Sache und vielen Dank für die geleistete Arbeit.

Ist eine Million Franken für ein Temporegime zu viel oder nicht? Das können wir nicht abschliessend beurteilen. Fakt ist, wir haben die notwendigen Finanzen nicht zur Verfügung und das ist leider Tatsache.

Ein "Grossversuch" oder ein "Demonstrationsobjekt" ist die Definition eines Pilotprojektes. Liebe Parlamentsmitglieder, kennt Ihr den Jurablickweg? Seit sechs Jahren existiert die Überbauung inkl. der Begegnungszone. Der Jurablickweg ist gut signalisiert. Die Verkehrsmassnahmen für den Langsamverkehr wurden getroffen. Ebenfalls besteht im Oberfeld eine Begegnungszone. Für was benötigen wir noch ein Pilotprojekt? Wir brauchen nicht drei Pilotprojekte, wenn wir alles schon bereits seit sechs Jahren haben. Entweder ist der Begriff falsch oder wir müssen sofort auf die Bremse stehen.

Aus diesen Gründen stellt die SVP-Fraktion den **Änderungsantrag Nr. 3** wie folgt:

Die Beschlusseziffern Nr. 3 und 4 sind aus finanziellen Gründen ersatzlos zu streichen.

Den gemeinderätlichen Beschlusseziffern Nr. 1 und 2 können wir vorbehaltlos zustimmen.

Esther Schaller (FORUM): Ich bin Anwohnerin des Steingrübliwegs. Ich finde das Anliegen an sich eine gute Sache. Aber die momentane finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen lässt keine so teuren Massnahmen zu. Wir dürfen da kein Präjudiz schaffen. Aus diesem Grund werde ich die Motion ablehnen.

Melanie Gasser (GLP): Besten Dank für die gute Arbeit, die da geleistet wurde. Ich möchte den Änderungsantrag Nr. 1 von Rudolf Mahler (SP) bekräftigen. Die Begegnungszone Steingrübli kann sicher Hand in Hand errichtet werden. Nichts desto trotz handelt es sich da um zwei verschiedene Geschäfte. Für den Steingrübliweg ist dem Gemeinderat ein klarer Auftrag erteilt worden und dementsprechend ist dieser so umzusetzen.

Ein Grossteil der Finanzen wurde bereits mit der Planung ausgegeben. Es macht aus finanzieller Sicht keinen Sinn, jetzt keine Umsetzung an die Hand zu nehmen.

Rahel Wagner (EVP): Zuerst möchte ich noch etwas klären: Es liegt ein Änderungsantrag der GPK vor. Niemand hat von einer Streichung gesprochen. Im GPK-Antrag liegen fünf Beschlusseziffern vor und im gemeinderätlichen Antrag vier Beschlusseziffern. Was gilt jetzt? Streichen wir die Volksmotion, wie im GPK-Protokoll beschrieben? Oder welcher Antrag gilt letztendlich?

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Ich möchte etwas zum GPK-Antrag betreffend die Abschreibung der Volksmotion anfügen: Der Bevölkerung im

Steingrübli wird kein guter Dienst erwiesen, wenn das Parlament die Volksmotion bereits heute Abend als erledigt abschreibt. Das Vorgehen ist nicht korrekt. Das vorliegende Geschäft will eine andere Motion behandeln - die Volksmotion ist nicht betroffen. Es ist nicht Gegenstand der heutigen Debatte, die Volksmotion abzuschreiben oder nicht. Aus diesem Grund darf der Antragspunkt der Geschäftsprüfungskommission nicht angenommen werden. Über die Realisierung gemäss Änderungsantrag Nr. 1 kann abgestimmt werden.

Die Volksmotion kann mittels Verwaltungsbericht abgeschrieben werden. Heute geht es lediglich um die Frage, kann der Bericht "Temporegime 30/50" und die Realisierung vorgenommen werden?

Eduard Rippstein (CVP): Wenn wir den Änderungsantrag Nr. 1 annehmen, d. h. die Begegnungszone realisieren und nicht prüfen, dann wird die Volksmotion zu Hundertprozent erfüllt. Im Rahmen der Einheit der Materie macht es Sinn, die Volksmotion gleichzeitig abzuschreiben.

Rahel Wagner (EVP): Hat nicht der GGR über die Annahme bzw. Ablehnung einer Volksmotion zu entscheiden? Die Volksmotion wurde bereits erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es ist alles ein wenig verwirrt. Die Tempomotion wird nun mit der Volksmotion vermischt. Die Volksmotion ist nicht Bestandteil des Temporegimes. Das Steingrübli wird neu als Begegnungszone definiert und daraus entsteht die ganze Kollision.

Fakt ist, dass die Volksmotion nicht abgeschrieben werden kann. Sie ist heute Abend nicht traktandiert und über nicht traktandierete Geschäfte darf nicht beschlossen werden. Zudem ist das Ganze eine Richtlinienmotion und liegt in der Zuständigkeitskompetenz des Gemeinderates. Diese Art von Motion wird im Zusammenhang mit dem Verwaltungsbericht abgeschrieben.

Dem Votum von Martin Studer (SVP) möchte ich anfügen, dass die erwähnte Million an Kosten irgendwo in den Sternen steht. Was jetzt Sache ist, kostet uns Fr. 15'000.--. Dieser Betrag im Kontext mit dem Gesamtbudget macht nicht dermassen viel aus. Wenn das Temporegime dereinst ausgeführt werden soll, muss mit Kosten in der Grössenordnung von 1 Mio. Franken gerechnet werden. Die Zuständigkeit bei diesem Frankenbetrag obliegt dem Grossen Gemeinderat.

Pilotprojekt: Es ist kein Pilotprojekt, jedoch der Anfang für die Umsetzung von verschiedenen ähnlichen Projekten (z. B. Oberfeld). Von einem Pilotprojekt kann dann gesprochen werden, wenn eine bestehende Quartierstrasse mit ausschliesslichem Anwohnerverkehr neu organisiert wird.

Zum Votum von Esther Schaller (FORUM): Zuerst Ja-Sagen und anschliessend Nein-Sagen! Es gibt beim Jassen eine Regelung, die da heisst: "Leih halten". Alle hier im Parlament haben der Volksmotion zugestimmt. Somit erwarte ich, dass jetzt auch alle Ja-Sagen - auch wenn das etwas kostet.

4)

Martin Studer (SVP): Ich möchte nochmals in die Vergangenheit zurückblicken: Die Motion wurde nicht einstimmig erheblich erklärt. Die SVP-Fraktion war schon am 28. Juni 2012 gegen die Motion. Wir wurden überstimmt; wir akzeptieren den Mehrheitsbeschluss. Nichts desto trotz halten wir am Änderungsantrag Nr. 3 fest. Letztendlich geht es immer um das Gleiche: Wenn ein Unfall passiert, soll die Verkehrssituation neu überprüft werden. Ein Verkehrsunfall kann überall auf den Gemeindestrassen geschehen, egal ob die Tempolimite bei 30 km/h oder 50 km/h liegt. Die Kinder müssen ebenfalls sensibilisiert werden.

5)

Tobias Weibel (FDP): Ich möchte dem Änderungsantrag Nr. 1 von Rudolf Mahler (SP) etwas den "Wind aus dem Segel" nehmen. Für mich ist das Steingrübli eine absolute Herzensangelegenheit. Ich bin 20 Jahre lang dort aufgewachsen und kenne die Situation bestens. Ich habe die heutige Situation überlebt und bin der Auffassung, dass ein solches Temporegime nicht nötig ist.

Christian Zeyer (SP): Sparen in Ehren - da macht Sparen nicht Sinn. Lärm ist einer der grössten Gesundheitskostentreiber. Wir wollen da eine gute Lebensqualität schaffen. Die Gesundheitskosten sollen durch die Lärmsituation nicht ansteigen. Es macht Sinn, das Temporegime umzusetzen. Die Kosten müssen nicht sofort beglichen werden, diese werden der Investitionsrechnung zugeführt.

6)

Rahel Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion bedankt sich bei den Verfassern des Berichts über das „Temporegime 30/50“. Die darin vorgeschlagenen Anpassungen in den 15 erwähnten Zonen scheinen uns sinnvoll und ergeben ein ganzheitliches Konzept für Ostermundigen.

Dennoch erachtet die EVP-Fraktion die Realisierung des Berichts aus finanziellen Gründen momentan als Wunschbedarf. Die Motion R. Mahler verlangt nur ein Konzept, welches dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen ist. Diese Forderung ist mit dem vorliegenden Bericht erfüllt. Eine Ausführung liegt im Entscheidungsbereich des Parlaments und ist im Finanzplan 2015 - 2019 noch nicht vorgesehen

Das erwähnte Mitwirkungsverfahren soll deshalb erst dann gestartet werden, wenn die Ausführung finanziell absehbar ist. Vielleicht ergeben sich in der Zwischenzeit neue Erkenntnisse. Die Begegnungszone soll im Steingrübliquartier aus den gleichen Gründen zurückgestellt werden. Aufgrund der finanziellen Situation ist es der Gemeinde ohnehin nicht möglich, das Projekt im Jahr 2015 zu realisieren.

Noch eine Anmerkung: Auf den Ausdruck der Bilder aus der Vogelperspektive hätte man verzichten können, um Kosten einzusparen. Ein Hinweis, dass die Bilder auf der Gemeindehomepage einzusehen sind, hätte durchaus genügt.

⁴ Beat Leumann (FDP) und Renate Bolliger (EVP) treten um 17.50 Uhr der Sitzung bei. Es sind neu 35 Ratsmitglieder anwesend.

⁵ Andreas Burckhardt (Grüne) und Raphael Rutschi (FDP) treten um 17.55 Uhr der Sitzung bei. Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

⁶ Silvia Fels (EVP) tritt um 18.00 Uhr der Sitzung bei. Es sind 38 Ratsmitglieder anwesend.

Die EVP-Fraktion stellt den **Änderungsantrag Nr. 4** wie folge:

1. Die Beschlusseziffer Nr. 3 des gemeinderätlichen Antrags ist wie folgt abzuändern:

„Der Gemeinderat wird beauftragt, dann ein Mitwirkungsverfahren zum Bericht „Temporegime 30/50“ einzuleiten und vorzunehmen, wenn eine Realisierung des Projekts finanzierbar ist.“

2. Die Beschlusseziffer Nr. 4 des gemeinderätlichen Antrags ist wie folgt abzuändern:

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Errichtung einer Begegnungszone im Steingrübliquartier als Pilotprojekt dann zu realisieren, wenn es die finanzielle Situation erlaubt.

Eduard Rippstein (CVP): Wollen wir heute Abend die Volksmotion definitiv erledigen? Für die Volksmotion sind Fr. 15'000.-- budgetiert. Dieser Frankenbetrag liegt im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates. Der Gemeinderat muss die Realisierung vornehmen, da die Volksmotion durch den Grossen Gemeinderat erheblich erklärt worden ist.

Zum Temporegime: Schneller oder langsamer - wenn jemand mit 50 km/h und jemand mit 30 km/h fährt, liegen die Bremswege weit auseinander. Ein Kind unter acht Jahren kann das Tempo eines Autos nicht einschätzen.

1. Vizepräsident Cédric Luyet (GLP): Ich schlage vor, die Änderungsanträge zu ordnen und möchte aus diesem Grund eine kurzen Sitzungsunterbruch vornehmen.

- - - - - P a u s e - - - - -

1. Vizepräsident Cédric Luyet (GLP): Bevor wir über die verschiedenen Änderungsanträge abstimmen werden, gebe ich das Wort der Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit frei.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): In der Pause bin ich auf die Kosten angesprochen worden. Bisher haben die Arbeiten noch nicht viel Kosten verursacht. Wir haben kosten- und ressourcenbewusst gearbeitet. Die Arbeitsgruppe hat mitgeholfen und es sind noch keine Ingenieurkosten angefallen. Von den in der Botschaft erwähnten Kosten ist noch nichts ausgegeben worden. Erst in einem nächsten Schritt werden die aufgeführten Kosten ausgelöst.

Der Gemeinderat muss nun prüfen, wie das Mitwirkungsverfahren durchgeführt werden soll. Wer Begegnungszonen resp. 30er-Zonen errichten will, muss mit Umgestaltungskosten rechnen.

Stimmzähler Gerhard Zaugg (SVP): Ich beantrage beim Parlament einen **Rückweisungsantrag**.

Begründung:

Das vorliegende Geschäft muss gesplittet werden. Jetzt werden offenbar Äpfel mit Birnen verwechselt. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag:

1. Die Volksmotion Steingrübli und
2. der Bericht "Temporegime 30/50" müssen separat behandelt werden.

1. Vizepräsident Cédric Luyet (GLP): Ich möchte noch erwähnen, dass der **Änderungsantrag Nr. 2** der GPK in der Zwischenzeit zurückgezogen worden ist.

So dann stimmen wir über den Rückweisungsantrag von Gerhard Zaugg (SVP) ab.

A b s t i m m u n g

Der Rückweisungsantrag wird mit 25 zu 10 Stimmen angenommen.

1. Vizepräsident Cédric Luyet (GLP): Dann übergebe ich das Mikrofon wieder dem Ratspräsidenten für die Weiterführung der Sitzung.

10.3.75 Einfache Anfrage
10.22.1.50 ZPP/ÜO Nr. 33 „Zentrum Oberfeld“
30.3.22 Sport- und Spielplätze, Freizeitanlagen

4. Einfache Anfrage Tobias Weibel (FDP) und Mitunterzeichner betreffend bevorstehende Bauvorhaben auf den heutigen Fussballplätzen Oberfeld; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt.

B e s c h l u s s

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der einfachen Anfrage Kenntnis.

10.0.11 Reglemente Gemeinde (früher: 10.11)

5. Wahl- und Abstimmungsreglement (WAR); Genehmigung der Teilrevision

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Das Geschäft „Wahl- und Abstimmungsreglement (WAR); Genehmigung der Teilrevision“ wurde zur Überarbeitung zurückgezogen.

10.0.11 Reglemente Gemeinde (früher: 10.11)

6. Reglement über den gemeinsamen Versand des Wahlmaterials und die Ausrichtung von Kostenbeiträgen an die Wahlaufwendungen der politischen Parteien und Wählergruppen (RVWM); Genehmigung der Totalrevision

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Das Geschäft „Reglement über den gemeinsamen Versand des Wahlmaterials und die Ausrichtung von Kostenbeiträgen an die Wahlaufwendungen der politischen Parteien und Wählergruppen; Genehmigung der Totalrevision“ wurde zur Überarbeitung zurückgezogen.

13.3.00 Allgemeines
30.4.30 Kindergärten

7. Ahornstrasse 1 und 3: Errichtung eines provisorischen Doppelkindergartens; Kreditgenehmigung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Thomas Bendoza (FORUM): Dem Nachkredit zuzustimmen fällt der GLP/CVP Fraktion schwer, zumal diesem nur zugestimmt werden kann, was wir zähneknirsch machen werden. Einfach so Geld als Fehlbetrag aus dem Fenster zu schmeissen, ist angesichts der finanziellen Lage der Gemeinde nicht nachvollziehbar. Gibt es nicht die Möglichkeit, aufgrund der bereits getätigten Arbeiten und der daraus resultierenden Kosten, etwas für ein neues Projekt heraus zu nehmen und dort etwas Geld zu sparen, damit nicht alles vergebens ist?

Offensichtlich hatte das Controlling nicht funktioniert und das schmerzt. Wir gehen davon aus, dass mit den damals neuen Personen eine bessere Geschäftstätigkeit besteht.

Renate Bolliger (EVP): Wir gehen mit dem Gemeinderat einig, dass wir verpflichtet sind, genug Schulraum zur Verfügung stellen zu müssen. Auch wenn dies für uns zu diesem Zeitpunkt finanziell nicht so toll ist. Aber wir haben ja keine andere Wahl.

Die vorgeschlagene Lösung des Doppelprovisoriums in Containerbauweise erachten wir als sinnvoll. Auch der Standort ist sicher gut gewählt. Da ja noch zwingend einige Kindergärten saniert werden müssen, werden diese Container sicher noch eine Weile gebraucht.

Die Vorgeschichte, welche uns in der Botschaft in der Ausgangslage erklärt wurde, mutet hingegen schon etwas sonderbar an. Der Gemeinderat kann natürlich kein Lob erwarten, wenn er nun noch einen Nachkredit einfordern und erklären muss, dass er seine Finanzkompetenz überschritten hat. Die ganze Geschichte tönt sehr eigenartig. Aber es macht aus bekannten Gründen keinen Sinn, in alten Wunden zu bohren und mehr Licht in dieser Situation zu fordern. Ich hoffe, der Gemeinderat hat seine Lehren daraus gezogen.

Wir möchten noch anregen, dass nach den geplanten fünf Jahren gut geschaut wird, für welche Zwecke die Container allenfalls sonst noch gebraucht werden könnten. Ich könnte mir vorstellen, dass diese Container für andere Zielgruppen eventuell super genutzt werden könnten. Ich denke da an die Interpellation der SP betreffend zukünftige Standorte für Angebote für Familien. Wir möchten deshalb festhalten, dass in fünf Jahren das Raumkonzept der Gemeinde geprüft werden muss.

Die EVP-Fraktion wird dem Kredit für den provisorischen Kindergarten zustimmen.

Andreas Thomann (SP): Die SP/Grüne-Fraktion stimmt dem vorliegenden Geschäft zu. Wir möchten der Departementsvorsteherin Hochbau und dem Gemeinderat für die transparente Vorlage danken. Selbstverständlich hat die Vorlage auch bei uns zu einigem Zähneknirschen geführt. Endlich, nach Jahren des Nichtstuns, ist die Sanierung der Kindergärten in Ostermundigen angelaufen. Die Schulkommission hat schon vor Jahren mehrmals auf die dringen-

de Sanierung der Kindergärten hingewiesen. Im Tellsaal wurde bereits vor drei Jahren auf die wachsenden Kinderzahlen sowie die Sanierungsarbeiten hingewiesen.

Das vorliegende Beispiel zeigt, wie sehr die nebenamtlichen Gemeinderäte auf ihre Abteilungsleitenden angewiesen sind. Ein solches Geschäft steht und fällt mit der guten Zusammenarbeit.

Hans Peter Friedli (SVP): Dieses Geschäft hat auch bei der SVP-Fraktion ein gewisses Unbehagen ausgelöst. Wir fragen uns:

- Haben die Verantwortlichen ihre Arbeiten sorgfältig und pflichtbewusst ausgeführt? Wenn ja, warum müssen wir ein teures Provisorium bauen, welches wieder rückgebaut werden muss?
- Warum wurde das Projekt so teuer?
- Waren die Vorgaben im Pflichtenheft den Bedürfnissen entsprechend aufgelistet?

Unseres Erachtens müssen die geleisteten Arbeiten des Architekten zwingend für die zukünftige Planung verwendet werden, damit nicht noch mehr Kosten entstehen. Im Weiteren werden auch wir dem Geschäft zustimmen.

Bruno Grossniklaus (parteilos): Der Antrag ist für mich absolut unbestritten. Ich möchte noch folgendes zur Vorgeschichte äussern: Ich möchte nicht den Gemeinderat kritisieren. Es ist nicht das erste Mal, dass solche Unsauberkeiten in einem Prozess festgestellt werden müssen, welche zu Unkosten zulasten der Gemeinde führen. Ich bitte den Gemeinderat, inskünftig ein besonderes Augenmerk auf solche Misstände zu halten!

Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne): Besten Dank für die Voten. Ein grosses Unbehagen wurde zum Ausdruck gebracht. Die Vorgeschichte dieses Geschäftes ist unglücklich verlaufen.

Das Provisorium soll mindestens fünf Jahre benutzt werden können. Bei einer Verlängerung um zwei bis drei Jahren sind die Baukosten zu relativieren. Wir erhalten für die 1,2 Mio. Franken zwei Kindergärten. Der Preis relativiert sich.

Im Frühling 2014 haben Roland Hänni und ich uns der Sache angenommen. Wir haben uns stets bemüht, die Kosten in den Griff zu bekommen. Das Pflichtenheft und das Projekthandbuch wurden vom damaligen Abteilungsleitenden und dem Architekten erstellt, entsprachen jedoch nicht unseren Vorstellungen. Eine Luxuslösung konnten wir nicht gutheissen. Die Finanzkommission hat ebenfalls auf den Misstand hingewiesen. Die errichtete Spezialkommission hat dem Gemeinderat den Antrag gestellt, denn fehlerhaften Prozessablauf zu stoppen.

Zum "gebundenen Nachkredit" möchte ich noch anfügen, dass die ganze Angelegenheit sehr unschön ist - dafür möchten wir uns entschuldigen. Letztendlich trage ich die Verantwortung. Der Nachkredit konnte aus terminlichen Gründen dem Parlament nie vorgelegt werden. Die Höhe und der Zeitpunkt des gebundenen Nachkredits lassen keinen Entscheidungsspielraum zu. Die beiden Kriterien waren für mich erfüllt. Die erarbeiteten Grundlagen für Fr. 430'000.-- können weiter gebraucht werden. Die Pläne gehören der Gemeinde Ostermundigen. Wir werden besonders bemüht sein, das Geld rechtmässig einzusetzen.

Ich danke dem Parlament für die sich abzeichnende Zustimmung.

Abteilungsleiter Hochbau a. i. Roland Hänni: Nach dem Abgang des Abteilungsleitenden im März 2014 sind wir davon ausgegangen, eine Machbarkeitsstudie für alle Kindergärten zu erstellen. Die Studie hat gezeigt, dass unbedingt ein zusätzlicher Kindergarten errichtet werden muss. Als möglicher Standort hat sich die Schulanlage Mösli abgezeichnet. Die kantonale Denkmalpflege hat uns jedoch einen Strich durch die Rechnung gezogen. Es musste ein Subprovisorium auf dem Oberfeld geplant werden.

Die Sanierung der Kindergärten Schiessplatzweg, Rütieweg etc. macht eine Auslagerung der Kinder unumgänglich. Auch der Schulraum in der Schulanlage Rüti ist übertoll. Eine Ersatzlösung konnte nicht in Betracht gezogen werden.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Für die Errichtung eines provisorischen Doppelkindergartens an der Ahornstrasse 1 + 3 wird zulasten der Investitionsrechnung ein Kredit von CHF 1'173'000.-- inkl. MWST bewilligt.
2. Für die Fertigstellung der Vorprojektphase wird zulasten der Investitionsrechnung ein Nachkredit von CHF 100'000.-- inkl. MWST bewilligt.
3. Von den jährlich wiederkehrenden Nebenkosten zulasten der Laufenden Rechnung (2015 pro rata CHF 12'200.--) wird Kenntnis genommen.

30.4.86 Verschiedene Anlagen
30.4.30 Kindergärten Allgemein

8. Oberfeldweg 11: Zumiete von Räumlichkeiten für einen Doppelkindergarten; Genehmigung der Kreditabrechnung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Simon Burri (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt von der Kreditabrechnung Kenntnis. Es ist immer schön, wenn weniger Geld als budgetiert ausgegeben wird. Vielen Dank allen Beteiligten.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Die Kreditabrechnung „Oberfeldweg 11: Zumiete von Räumlichkeiten für einen Doppelkindergarten“ abschliessend mit einer Kostensumme von CHF 348'186.85 wird genehmigt.

10.3.72 Motionen

9. Überparteiliche Motion betreffend politische Integration von Jugendlichen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Bruno Grossniklaus (parteilos): Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Bearbeitung des Geschäftes. Es freut mich, dass der Gemeinderat der Auffassung ist, dass einer meiner Vorstösse angenommen werden soll. Ich kann nachvollziehen, dass die Teil- oder Gesamtrevision der Gemeindeordnung in nächster Zeit nicht erste Priorität hat. Damit kann ich absolut leben. Im Hinblick auf die Gemeindeabstimmungen im Jahre 2016 könnte so etwas vorgenommen werden.

Vor ungefähr 15 Jahren wurde das Jugendparlament in der Gemeinde Ostermundigen eingeführt. Mit diesem Schritt wurde in der Region Bern eine führende Rolle eingenommen. Das Problem war, dass das Jugendparlament von einer eigenen Gemeindeordnung ausgegangen ist, so nach dem Prinzip "ein GGR für Kinder". Ich war damals im richtigen Alter und hätte mich sehr für ein Mitmachen interessiert. Als ich jedoch vernommen habe, was es alles für ein Mitmachen benötigt, habe ich neben der Schule nicht genügend Freizeit zur Verfügung gehabt.

Die Idee Jugendmotion resp. -postulat ist schnell erklärt: Es ist ein politischer Akt und es ist ein Versuch, die Jugend in die Politik zu integrieren und ihnen eine Stimme zu geben. Aber es ist auch eine Möglichkeit, dies auf einem relativ tiefen Einstiegslevel zu erreichen. Damit erhalten die Jugendlichen die Möglichkeit, ein Anliegen, welches ihnen am Herzen liegt, zu begründen.

Ich bitte das Parlament, die Motion zu überweisen.

Tobias Weibel (FDP): Die vorliegende Motion, welche den Gemeinderat mit der Erarbeitung von Varianten zur politischen Integration von Jugendlichen beauftragt, setzt den Hebel am richtigen Ort an. Sie lässt dem Gemeinderat den entsprechenden Spielraum offen.

So ist im Wortlaut noch nicht mal definiert, von und bis wann man eigentlich als Jugendliche gilt. Sicher ist, dass wir in diesem Saal immer mehr auch auf die Ideen und Gedanken von jüngeren Leuten angewiesen sein werden. Die Stadt Bern hat neben einem Kinderparlament und einer Jugendmotion im vergangenen Jahr eine interfraktionelle Motion gut geheissen und schafft nun auch ein eigenes Jugendparlament. Soweit können wir nicht gehen, machen mit dieser Motion sicher einen Schritt in die richtige Richtung.

Walter Zysset (SVP): Wir hatten in der Sozialkommission die Möglichkeit, an einem Vortrag von Mitarbeitenden des Jugendhauses beizuwohnen. Es wurden über 150 Jugendliche aller Altersgruppen befragt. Ihre Prioritäten sind vielseitig. Über das Mitmachen in der Politik sind keine oder nur vereinzelt Wünsche eingegangen.

Das Jugendparlament hatte keinen Erfolg. Die Jugendlichen setzen heute ihre Prioritäten an ganz anderen Orten. Ansonsten könnten die Lehrerschaften mit ihren Schülerinnen und Schüler die GGR-Sitzungen im Tellaal besuchen kommen.

Wir von der SVP-Fraktion lehnen die Motion ab.

Christian Zeyer (SP): Ich hoffe, in der Gemeinde brennt es momentan nicht. Nach der Logik der SVP-Fraktion müssten wir die Feuerwehr abschaffen. Dass wäre bestimmt eine falsche Entscheidung.

Was ist eine Motion? Sie ist die Möglichkeit, dass Jugendliche, dann wenn sie ein Anliegen haben, dieses politisch aufbereiten und vernünftig einbringen können. Wenn wir die Motion nicht haben, können wir die Möglichkeit auch nicht nutzen. Heute geht es darum, Verbindlichkeiten zu schaffen. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, eine solche Möglichkeit einzuführen. Der Gemeinderat soll die Angelegenheit prüfen. Wir werden die Motion unterstützen.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 28 zu 7 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend politische Integration von Jugendlichen wird begründet, erheblich erklärt und mit dem Auftrag an den Gemeinderat überwiesen, zuhanden der nächsten Revision der Gemeindeordnung dem Parlament Vorschläge zur Einführung einer Jugendmotion und eines Jugendpostulats bzw. einer entsprechenden Anpassung der Volksmotion/des Volkspostulats zu unterbreiten.

10.3.72 Motionen
13.0.11 Ferienordnung der Gemeinde (früher: 13.11)

10. Motion FDP.Libérale-Fraktion betreffend Vereinbarkeit von Familie/Schule/Beruf: Anpassung der Sportferien an die Stadt Bern; Erheblicher Klärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Raphael Rutschi (FDP): Ziel der Motion ist es, die Diskussion anzuregen und zu helfen. Das Ergebnis der Umfrage ist klar und ein Bedürfnis liegt nicht vor. Trotzdem wollen wir die Motion aufrechterhalten.

Priska Zeyer (parteilos): Die Schulkommission hat die Motion abgelehnt. Im Vorfeld wurde ebenfalls der Elternrat befragt. Die Eltern haben ganz klar signalisiert, die Sportwoche nicht verschieben zu wollen. Das Argument "Ferienwohnungen" wurde erwähnt. Die Ferienwohnungen sind in der Kalenderwoche 5 noch günstiger zu mieten als im Februar/März. Auch die Skipisten sind Ende Januar weniger stark überfüllt. Es gibt nicht viele Schülerinnen und Schüler, die eine Privatschule besuchen. Ältere Schüler können während der Sportwoche oftmals selbständig zuhause bleiben.

Die SP/Grüne-Fraktion sieht keinen Grund, die Motion anzunehmen.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 34 zu 1 Stimme den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Vereinbarkeit von Familie/Schule/Beruf: Anpassung der Sportferien an die Stadt Bern wird schriftlich beantwortet und abgelehnt.

10.3.72 Motionen
40.1.44 Strassenprojekte (Strassen, Radwege, Wohnstrassen)

11. Motion FDP.Liberal-Fraktion betreffend Öffnung des Schermenwegs für den motorisierten Verkehr; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Tobias Weibel (FDP): Uns von der FDP.Liberal-Fraktion ist es bewusst, dass die Öffnung des Schermenwegs in keinem Fall durch einen Alleingang Ostermundigens erreicht werden kann. Die Kernidee dieser Motion ist es, dass die Gemeinde Ostermundigen mit der Stadt zusammen sitzt und natürlich das Beste für uns zu erreichen versucht.

Wenn ich auf dem Fahrrad auf der Bernstrasse die Stadt in derselben Zeit erreiche wie die Autolenker neben mir, dann braucht es mehr Wege die aus unserer Gemeinde hinausführen. In der Bevölkerung, denke ich, ist der Tenor für eine Öffnung spürbar, ohne jetzt irgendwie populistisch werden zu wollen. Die bereits gefundenen Massnahmen nach der Ablehnung zum Tram Region Bern haben gezeigt, was man erreichen kann, wenn man nur genau genug hinsieht.

Ernst Hirsiger (SVP): Es wurde bereits erwähnt: Die Öffnung Schermenweg ist eine "never ending story". Das Ganze hat so angefangen, wie es immer anfängt: Ein Politiker hat am Schermenweg gewohnt und das Gefühl gehabt, dass er auf Kosten von Andern etwas mehr Ruhe haben möchte. Das Gleiche ist in Ostermundigen auch am Dennigkofenweg passiert - hier handelte es sich um einen "hauseigenen Politiker".

Das Problem Schermenweg wurde aktuell, als das Verkehrsaufkommen noch halb so gross war wie heute. Verschiedene Vorschriften existierten damals noch nicht. Die Verkehrspolitik der Stadt Bern wurde eingeläutet: Die Verkehrsprobleme der Stadt sollen auf Kosten der Agglomerationsgemeinden gelöst werden! Überall werden in Ostermundigen die Ausfahrten zugespflastert. Als ich noch die Schule besuchte, konnte die Stadt noch über die Obere Zollgasse, Wittigkofen via Freudenbergplatz erreicht werden. Auch der Schosshaldenfriedhofsmauer entlang (Friedhofweg) in Richtung Laubegg durfte noch gefahren werden und so weiter und so fort.

Jetzt geht das Spielchen noch weiter. Die Gemeinde Ittigen will den Verkehr ab Ostermundigen in Richtung Ittigen abwürgen. Es wird langsam Zeit, dass wir uns wehren! Vielleicht machen wir Symbolpolitik, d. h. ohne Stadt Bern und ohne Kanton können wir noch lange stossen und Zeichen setzen. Aber ein Zeichen muss dringend wieder einmal gesetzt werden. Es ist ein primäres Ziel der SVP-Fraktion, dass der Schermenweg wieder in beiden Fahrrichtungen geöffnet wird.

Und denkt daran: Die Stadt Bern fährt mit ihrer Verkehrsverhinderungspolitik munter weiter.

- Sie baut demnächst den Breitenrain um. Dort soll der Individualverkehr zurückgebunden werden. Die Strasse wird zusammen mit Tempo 30 verengt.

- Die Thunstrasse soll umgebaut werden.
- Die Halenstrasse darf nicht mehr befahren werden.

So darf es nicht weiter gehen! Es braucht ein Zeichen für die Stadt Bern.

Hans-Rudolf Burkhalter (Grüne): Die SP/Grüne-Fraktion unterstützt den Vorschlag des Gemeinderates und lehnt die Motion ab.

Ich wohne am Schermenweg. Dieser kann ohne begleitende Massnahmen nicht einfach so geöffnet werden. Eine Öffnung ist mit erheblichen Kosten verbunden. Der Ausbau von Strassen fördert nur noch mehr motorisierten Individualverkehr und das ist nicht zielführend.

Eduard Rippstein (CVP): Wir von der CVP/GLP-Fraktion werden dem gemeinderätlichen Antrag ebenfalls zustimmen.

Ich war einer der bösen Buben, der damals zusammen mit der Stadt Bern den Schermenweg in Fahrtrichtung Autobahn geschlossen hat. Unser damaliges Tun war nicht boshaft. Wir lagen über den Alarmwerten in der Luftreinhalteverordnung und auch über den Grenzwerten des Lärmschutzes. Also wurde die Gemeinde Ostermundigen handlungspflichtig.

Die Stadt Bern kann bei ihren Liegenschaften entlang des Schermenwegs eine Lärmschutzwand aufstellen. Auf dem Gemeindegebiet von Ostermundigen müssten aber rund 500 Wohnungen lärmschutzmässig saniert werden. Die Werte der Luftreinhalteverordnung können nicht mehr eingehalten werden. Eine komplette Öffnung des Schermenwegs ist daher nicht mehr möglich.

Der Gemeinderat von Ostermundigen soll bei der Umgestaltung des Kreuzungsbereichs Bolligenstrasse/Schermenweg mit einbezogen werden.

Beat Leumann (FDP): Ich durfte an der Unterdorfstrasse wohnen. Als der Schermenweg geschlossen wurde, verlagerte sich der Verkehr auf die Forelstrasse und die Unterdorfstrasse. Der Lärm nahm merklich zu und die Luftemissionen konnten via Nase wahrgenommen werden.

Wenn wir heute vom Bahnhof Ostermundigen in Richtung Wankdorf fahren wollen, dann muss jedes Auto ganz Ostermundigen befahren. So stimmt die Aussage der Linken und Grünen, die da auf die Vorsicht aufmerksam machen. Doch so viele Umwege in Kauf zu nehmen, damit am Schermenweg Ruhe einkehrt; diesen Sachverhalt verstehe ich vollends nicht!

Christian Zeyer (SP): Leider wird es immer schwieriger, eine vernünftige Verkehrspolitik hinter dem Steuerrad zu beurteilen. Es wird immer schwieriger eine Gesamtbeurteilung aus der Sicht eines einzelnen Autofahrers über sinnvoll und nicht sinnvoll vorzunehmen. Die Erfahrungen zeigen, dass dabei oftmals nichts Brauchbares gefunden wird. Die vorliegende Motion ist ein klassischer Fall, wo letztendlich nichts Brauchbares generiert wird. Darum ist es sicher richtig, dass die Aussagen des Gemeinderates unterstützt werden und wir uns auf die vorhandenen Modelle abstützen. Die besten Möglichkeiten sollen letztendlich umgesetzt werden.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion kann der Argumentationslinie des Gemeinderates absolut folgen. Es geht uns um die Symbolpolitik und die muss manchmal auch betrieben werden. Aus diesem Grund unterstützen wir die vorliegende Motion.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Besten Dank für die Voten. Ich habe eine Frage an Tobias Weibel (FDP):

Ich kann mit den von dir erwähnten "eingeleiteten Massnahmen nach dem Tram Region Bern" nicht ganz folgen. Der Gemeinderat hat in den vorangehenden Jahren bereits einige Anläufe unternommen, den Schermenweg in beide Fahrrichtungen wieder zu öffnen, resp. der alte Zustand wieder zu erlangen. Es wurden mindestens drei Gutachten in Auftrag gegeben, um die technischen Machbarkeiten zu prüfen. Sämtliche Lösungen haben ergeben, dass es technisch möglich ist, den Schermenweg zu öffnen. Dies jedoch mit der Einschränkung, dass nur in den Nebenverkehrszeiten (ab 09.00 - 16.00 Uhr und ab 19.00) ein beidseitiges Befahren erlaubt werden kann.

Im Gegenzug wäre die Gemeinde Ostermundigen verpflichtet, die Milchstrasse zu öffnen. Während den Zeiten der Verbandsmolkerei waren stets die Lastwagen, die auf die Forelstrasse einmündeten, das grösste Problem. Die Lösung vor rund fünf Jahren sah vor, neben dem Schermenweg auch die Milchstrasse in beide Fahrrichtungen zu öffnen. Eine vernünftige Verkehrsberuhigung für das Forelstrasse-Quartier hätte also rückgängig gemacht werden müssen. Heute darf nur der RBS-Bus die Milchstrasse befahren.

Für die Gemeinde Ostermundigen war sehr wichtig, dass die Öffnung des Schermenwegs an die Hand genommen wird. Zusammen mit dem ASTRA-Projekt (siehe Artikel auf Seite 4 der BZ vom 7. Februar 2015) wird ein neuer Autobahnzubringer geplant. Diese technische Voraussetzung muss zuerst erfüllt sein, damit im Gesamtsystem aller Zubringer der Schermenweg wieder geöffnet werden kann. Der nächste Schritt von Seiten Gemeinderat wird sein, zusammen mit dem ASTRA die Situation zu beurteilen.

Gleichzeitig wird das Parlament eingeladen, im Monat März 2015 an der Mitwirkung des Projektes "Korrektion Bolligenstrasse Nord (im Abschnitt Kreuzung Schermenweg bis zum Kreisel Bolligenstrasse)" aktiv teilzunehmen. Der Verkehr soll besser gebündelt resp. verflüssigt werden und dies in Rücksprache mit den übergeordneten Verkehrsträgern. Deshalb ist der Gemeinderat ganz klar der Auffassung, an der Öffnung des Schermenwegs weiter zu arbeiten.

Tobias Weibel (FDP): Ich möchte die Frage des Gemeindepräsidenten wie folgt beantworten: Natürlich können wir nicht vom einzelnen Betrag für die Umstellung des Projektes Tram Region Bern ausgehen. Welche Gedanken können neu an die Hand genommen werden? Wir sind am Punkt angekommen, den Schermenweg besser früher als zu spät wieder zu öffnen. Details können wir anschliessend noch bilateral im Restaurant besprechen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir diskutieren das nochmals in der Beiz - ich habe das Ganze immer noch nicht verstanden.

Ein Punkt ist mir auch noch wichtig. Im letzten Jahr, kurz vor den Sommerferien, haben wir im Parlament den Raumentwicklungswegweiser 2025 verabschiedet. Auf der letzten Seite wurden die verschiedenen Richtpläne (Siedlung, Verkehr, Landschaft, Energie) aufgeführt. Ein weiteres Element ist der Verkehrsrichtplan. Dessen ist sich der Gemeinderat bewusst. Wir starten jetzt mit den Vorbereitungsarbeiten, damit die Richtplandiskussion noch in diesem Jahr im Parlament geführt werden kann.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Regula Unteregger Schütz (SP): Ich möchte noch etwas aus verkehrspolitischer Sicht beitragen. Es wurde erwähnt, dass da ein Zeichen gesetzt werden soll. Der Gemeinderat hat grosses Verständnis für die Öffnung des Schermenwegs. Doch zwei Elemente müssen zur Kenntnis genommen werden.

- Der Schermenweg kann geöffnet werden, wenn die Einmündung in den Verkehrsknoten Bolligenstrasse gewährleistet wird. Das neue System muss die ganze Verkehrsmenge aufnehmen können. Dieser wichtige Punkt muss vorgängig erfüllt werden können.
- Als weiteres muss die hohe Lärmbelastung mit entsprechenden Lärmschutzmassnahmen reduziert werden. Wer an diese Massnahmen finanziell wie viel beiträgt, muss vorgängig abgeklärt werden. Im Moment ist der Stand so, dass die Stadt Bern die Öffnung des Schermenwegs grösstenteils der Gemeinde Ostermundigen übertragen will. Diese Fakten müssen berücksichtigt werden.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 24 zu 13 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Öffnung des Schermenwegs für den motorisierten Verkehr wird schriftlich beantwortet und abgelehnt.

10.3.72 Motionen
40.4.29 Seepark (vorher Zentrumspark)

12. Motion Thulani Thomann (SP) und Mitunterzeichnende betreffend der Errichtung zweier zusätzlicher Feuerstellen in der Parkanlage Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Andreas Thomann (SP): Das Ganze ist eine Familiengeschichte bzw. Familientradition. Vor zwanzig Jahren wurden meine ersten politischen Vorstösse ebenfalls durch das Parlament abgelehnt.

Ich habe noch eine Frage an den Gemeinderat: Die Situation Littering ist mir durchaus bekannt. Die Parkanlage wird gut besucht. Für die Errichtung von zwei weiteren Feuerstellen sind im Budget 2015 keine Beträge vorgesehen. Das ist richtig.

Was mich erstaunt hat, ist, dass die Errichtung zu einem späteren Zeitpunkt nicht in Betracht gezogen wird. Nach meinem Wissen wurden die Holzbänke, Grill, etc. in den letzten 20 Jahren mehrheitlich durch den Ortsverein bzw. die Partnergemeinde Oberwil gesponsert. Wie ist die Reaktion des Gemeinderates, wenn eine Bank gesponsert wird?

Hans Peter Friedli (SVP): Das grösste Problem liegt nicht in der Finanzierung der Feuerstellen. Wir müssen auf die Anwohnenden Rücksicht nehmen, die oft schlaflose Nächte in Kauf nehmen müssen. In diesem Sinne möchte ich an den Rat appellieren, die Motion abzulehnen.

Bruno Grossniklaus (parteilos): Natürlich kann ich die Ausführungen des Gemeinderates nachvollziehen. Ich kann auch verstehen, das Thulani Thomann selber ein mulmiges Gefühl hat. Entweder sollte er die Motion zurückziehen oder als zweiter gangbaren Weg, die Motion in ein Postulat umwandeln. Dann wird aus dem Geschäft ein Prüfauftrag. Das Parlament könnte dieses Postulat als Zeichen einer unabhängigen Gemeinde überweisen. Und da der Gemeinderat die Prüfung schon vorgenommen hat, kann der Gemeinderat das Postulat mit dem nächsten Verwaltungsbericht abschreiben lassen.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Regula Unteregger Schütz (SP): Das Anliegen ist beim Gemeinderat auf grosse Sympathien gestossen. Der Park ist für die Bevölkerung da und sollte auch dementsprechend genutzt werden können. Die Feuerstelle wird rege benutzt. Die Argumentation Kostenelement - eine zusätzliche Feuerstelle kann nicht ohne finanziellen Aufwand errichtet werden - muss berücksichtigt werden. In letzter Zeit wurden für solche Infrastrukturen hohe Erstellungskosten festgestellt. Die Infrastrukturen müssen in den Boden verankert bzw. einbetoniert werden. Auch die Littering-Thematik darf nicht unterschätzt werden. Vielfach bleibt der Abfall bei der heutigen Feuerstelle liegen. Das Werkhofpersonal nimmt drei Mal pro Woche Putzarbeiten im Park vor. Es ist traurig und schade, dass der Gemeinderat die Motion ablehnen muss.

Thulani Thomann (SP): Ich beantrage die Umwandlung der vorliegenden Motion in ein Postulat.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 22 zu 12 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion Thulani Thomann (SP) und Mitunterzeichnende betreffend die Errichtung zweier zusätzlicher Feuerstellen in der Parkanlage Ostermundigen wird schriftlich beantwortet und abgelehnt.

10.3.72 Motionen
63.6.70 Dem Jugendamt zugewiesene Aufgaben

**13. Motion Thulani Thomann (SP) und Mitunterzeichnende für eine neue "Wall of Fame" (Graffitiwand) in Ostermündigen; Erheblicherklärung/Ab-
lehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Thulani Thomann (SP): Besten Dank für die bildliche und saubere Ausführung des Gemeinderates. Die Mitunterzeichnenden haben die Antworten analysiert und sind zum Schluss gekommen, dass sich die Gemeinde Ostermündigen momentan keine Graffitiwand leisten kann. Aus diesem Grund zieht die SP/Grüne-Fraktion die Motion zurück.

10.3.74	Interpellationen
10.11.00	Allgemeines
10.4.42	Liegenschafts- und Landbeschaffung (Erwerb von Miete / Pacht)
30.4.10	Verwaltungszentrum

14. Interpellation FDP.Libérale-Fraktion betreffend neues Verwaltungszentrum - Stand der Dinge; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Sind die Interpellanten mit der Beantwortung zufrieden?

Tobias Weibel (FDP): Besten Dank dem Gemeinderat für die ausführlichen Antworten. Ich bin mit dessen zufrieden. Wir sind sehr interessiert an einem neuen Verwaltungszentrum. Die Fragen sollen dem Gemeinderat als Inspiration dienen.

B e s c h l u s s

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der Interpellation Kenntnis.

10.3.74 Interpellationen
20.9.21 Pensionskasse

15. Interpellation Colette Nova (SP) betreffend Unterdeckung der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinde Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) und Kosten für die Gemeinde Ostermundigen; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist die Interpellantin mit der Beantwortung zufrieden?

Colette Nova (SP): Mit der Beantwortung der Frage 1 bin ich zufrieden. Mit der Antwort zur Frage 2 bin ich mit dem ersten Teil zufrieden. Mit dem zweiten Teil bin ich nicht einverstanden - die Ausführungen sind - sorry der Ausdruck "Kabis⁷". Mit der Antwort auf die Frage 3 bin ich einverstanden. Die Frage 4 hat der Gemeinderat nicht beantwortet. Die Beantwortung der Frage 5 stellt mich halbwegs zufrieden. Der Gemeinderat hat da eine Bringschuld zu erbringen - nicht etwa der Grosse Gemeinderat eine Holschuld. Die Antwort der Frage 6 ist sehr enttäuschend ausgefallen. Mit der Antwort zu Frage 7 bin ich nicht zufrieden. Hier steht nicht nur Kabis sondern kompletter Unsinn. Der Gemeinderat hat keine Lehren daraus gezogen. Es ist auch schade, dass der Gemeinderat den Schwarzpeter jemand anderem zuschieben will. Die Antwort zur Frage 8 ist eine Worthülse ohne Inhalt; ich bin damit auch nicht zufrieden.

Heute Abend wird eine Motion zum Thema Personalvorsorgestiftung B-I-O eingereicht. Das ist die einzige Gelegenheit, dem Gemeinderat ein paar Anweisungen mit auf den Weg zu geben.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Zurzeit können vom Gemeinderat keine verbindliche zusätzliche Zahlen geliefert werden. Der Jahresabschluss der Personalvorsorgestiftung B-I-O liegt noch nicht vor. Sobald die Zahlen bekannt sind, werden diese eins zu eins dem Parlament vorgelegt.

Zu den im Vorfeld erwähnten Antworten können wir gerne die Diskussion aufnehmen.

Luca Alberucci (GLP): Ich stelle den **Ordnungsantrag**, die Diskussion zu führen.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Über diesen Antrag hat der GGR sofort zu entscheiden.

A b s t i m m u n g

Der Ordnungsantrag wird mit 22 zu 13 Stimmen **angenommen**.

⁷ Duden: Substantiv, maskulin - Weißkohl

Luca Alberucci (GLP): Heute Abend gilt es nicht zu polarisieren, sondern nach vorne zu schauen. Der Personalvorsorgestiftung B-I-O geht es schlecht, sie muss saniert werden! Die Sanierung betrifft die Arbeitgeber wie auch die Arbeitnehmer. Die Arbeitnehmer sind die Aktivversicherten und die Arbeitgeber sind die Gemeinden - ebenfalls die Gemeinde Ostermundigen. D. h. wenn es die Gemeinde Ostermundigen trifft, wird es auch die Steuerzahlenden von Ostermundigen treffen. Ich bin als Parlamentsmitglied verantwortlich, genügend Einfluss zu nehmen, damit der Missstand nicht ausufert.

Heute ist wichtig, dass nicht polarisiert wird. Wir müssen in die Zukunft blicken.

- Was wollen wir machen?
- Welche Lehren können aus den Fehlern gezogen werden?

Erlaubt sei mir, die Bilanz einer Pensionskasse wiederzugeben: Die Geschichte ist bis ins Jahr 2008 ganz klar verlaufen. Dann die Finanzkrise, welche alle Vorsorgeeinrichtungen trifft und insbesondere die Personalvorsorgestiftung B-I-O. Die Personalvorsorgestiftung B-I-O hat es nicht geschafft, sich zu sanieren.

Wenn ich die Anlagestrategie vor der Finanzkrise und die Anlagestrategie im Jahresbericht 2013 der Personalvorsorgestiftung B-I-O nachlese, so stelle ich fest, da sind keine grossen Unterschiede feststellbar. Wir haben immer noch einen grossen Anteil an Fremdwährungsanlagen, an Aktien und an Pfandanleihen. Das alles sind doch recht "heisse Werte", welche viel Fachkenntnis voraussetzen.

Ereignisse ab dem 15. Januar 2015: Thomas Jordan⁸ steht vor die Medien und orientiert über den 20 %igen Kursverlust des Euros resp. Kursgewinn des Schweizer Franken. Die Publica als sehr grosse Pensionskassen hat einen Fremdwährungsanteil von 15 %. Die Personalvorsorgestiftung B-I-O hat einen Fremdwährungsanlageanteil von 33 %. Dazu kommen noch Wanderanleihen, welche abgesichert sind. Das Ganze ist wirklich ein "heisser Ofen!" Das macht einen Anteil von 42 Millionen Fremdwährungsanlagen. Wenn auf diesen 42 Millionen ein Verlust von 20 % aufgerechnet wird, so müssen wir an einem Tag über sechs Millionen Franken Verlust einstreichen.

Meine Interpretation sieht vor, dass die Strategie massiv auf Fremdwährungsanteile zu setzen, nach der Finanzkrise im Jahre 2008 bis Ende 2013 weiter gezogen worden ist. Ich hoffe, dass die Strategie anfangs Januar 2015 geändert worden ist.

Meine Fragen an den Gemeinderat nach Vorliegen des Jahresabschlusses 2014 lauten:

- Welche Lehre ziehe ich aus der Sache?
- Welche Schlüsse ziehen wir?

Das komplexe Metier Personalvorsorgestiftung B-I-O bedingt viele finanztechnische Fachkenntnisse. Ich gehe davon aus, dass die Personalvorsorgestiftung B-I-O die Fachkenntnisse nicht abdecken kann. Welche Schlüsse ziehen wir daraus?

- Die Personalvorsorgestiftung B-I-O soll letztendlich in eine Sammelstiftung überführt werden.
- Wir erwarten, dass der Gemeinderat seine Position als Arbeitgebervertreter in der Personalvorsorgestiftung B-I-O durch den Grossen Gemeinderat absegnen lässt.

⁸ Wikipedia: **Thomas Jakob Ulrich Jordan**^[1] (* [28. Januar 1963](#) in [Biel](#)) ist ein [Schweizer Ökonom](#) und seit 2012 Präsident des Direktoriums der [Schweizerischen Nationalbank](#).

Ich weiss nicht, ob wir Parlamentsmitglieder diese Punkte so ohne weiteres einfordern können.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Fragen von Colette Nova (SP) versuche ich zu beantworten.

Zu Frage 1: Die Frage kann ich heute Abend nicht beantworten. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass der Grosse Gemeinderat (GGR) ein Anrecht auf die Informationen hat. Ich bin nicht Mitglied des Stiftungsrates der Personalvorsorgestiftung B-I-O. Ich kenne jedoch das Geschäft ganz genau. Ich kann bestätigen, dass am 15. Januar 2015 ein "finanzielle Erdbeben" stattgefunden hat.

Zu Frage 4: Eine Volksabstimmung wird unausweichlich sein. Die Schätzungen von 11 bis 13 Millionen Franken übersteigen die Finanzkompetenz des GGR. Vielleicht wurde die Frage 4 falsch beantwortet. Der Gemeinderat ist sich des Prozesses bewusst.

Wichtig ist, dass der Stiftungsaufsichtsrat sich dem Anliegen annimmt. Im Sommer 2015 sollte das weitere Vorgehen bekannt sein. Momentan läuft das Offertverfahren. Es ist jedoch sehr wichtig, dass sich der Gemeinderat genügend Zeit einräumt, um letztendlich die richtigen Entscheide fällen zu können.

Wenn der GGR den Gemeinderat beauftragt, die Variante "Sammelstiftung" bevorzugt zu behandeln, wird das die Entscheidungspunkte bestimmt beeinflussen.

Colette Nova (SP): Der Gemeindepräsidenten hat die Frage 4 im Nachgang zufriedenstellend beantwortet.

Zum Thema "Anlagestrategie" von Luca Alberucci (GLP) kann ich beifügen, dass der "heisse Ofen" eine sehr riskante Anlagestrategie beinhaltet. Der Gemeinderat soll nicht nur den Deckungsgrad per Ende 2014 mitteilen. Ein Abschluss per Ende Januar 2015 ist einzufordern! Die Sanierung der Personalvorsorgestiftung B-I-O wird sicher teurer als angenommen ausfallen. In der Sanierungsdebatte ist mit Sicherheit vorwärts zu schauen. Nichts desto trotz müssen aus der Vergangenheit die notwendigen Schlüssen gezogen werden. Ich bin der Meinung, dass die Personalvorsorgestiftung B-I-O nicht weitergeführt werden sollte. Sie ist zu klein und es fehlen ihr offensichtlich die notwendigen Finanzkompetenzen.

Zur Frage 6: Ich habe mit meiner Frage dem Gemeinderat eine Brücke errichten wollen. Die Beantwortung lässt jedoch leider jeglichen Sachverstand vermissen. Vom Jahr 2008 bis Ende 2013 wurde mit den Anlagen nur ca. 200'000 Franken verdient.

Wenn die Selbstkritik sowie das Fachwissen komplett fehlen, kann die Sanierung nicht mit den notwendigen Voraussetzungen an die Hand genommen werden. Die Personalvorsorgestiftung BIO sollte nicht als solche weitergeführt, sondern in eine grössere, kompetente Einrichtung überführt werden. Als ehemalige Gewerkschaftssekretärin bin ich bestrebt, dass eine allseits befriedigende Lösung gefunden werden kann, die auch für das Personal ausgewogen ist.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich bin froh über die heutige Diskussion. Ich kann die letzten Details heute Abend noch nicht bekanntgeben. Die von Colette Nova angesprochenen Punkte gilt es abzuklären, dafür ist ein gewisser Zeitaufwand notwendig.

- Wie und mit wem wollen wir in die Zukunft schreiten?
- Wie sehen die verschiedenen Leistungsparameter aus?
- Und wie sieht letztendlich die Finanzierung aus?

Diese Schlüsselfragen müssen wir abklären. Für die genaue Beantwortung möchte ich mir einen Monat länger Zeit lassen und einen guten Lösungsansatz dem Parlament präsentieren können. Ich appelliere schon heute an das Parlament, die nötige Gelassenheit zu gewähren.

Zur Geschichtsschreibung bzw. was können wir aus der Vergangenheit lernen? Die Beantwortung der Frage Nr. 7 nimmt im letzten Abschnitt dazu Stellung. Die Personalvorsorgestiftung B-I-O ist eine relativ kleine Kasse und die Geschäftsprozesse werden von zwei unabhängigen Personen kontrolliert.

Die heute Abend lancierte Diskussion ist der Startschuss für eine grosse Diskussion. Die Diskussionen im Gemeinderat haben ergeben, dass die Komplexität möglichst transparent, zukunftsorientiert und einfach an die Mitarbeitenden, die Parlamentsmitglieder sowie die Bevölkerung getragen wird.

Christian Zeyer (SP): Ich bin fachlich nicht in der Lage, die vorliegende Geschichte vollständig zu erfassen und zu verstehen. Die Details sind sehr komplex. Doch auch mir ist die Frage Nr. 6 aufgefallen.

Lieber Gemeinderat, die Antwort ist eine "Nebelpetarde" die da geworfen worden ist. Ich bin der Meinung, dass das keine gute Krisenpublikation ist. Das Vertrauen des Gemeinderats wird dadurch nicht gestärkt.

Ich bitte den Gemeinderat, seit ehrlich und offen! Eine offene Kommunikation ist da besonders gefragt!

Beat Leumann (FDP): Am Montag habe ich erstmals vom Misstand der Personalvorsorgestiftung B-I-O erfahren. Dabei ist mir Gänsehaut über den Rücken gekommen. Es ist doch nicht möglich, fünf Jahre lang zuzuschauen, wie gewurstelt wird, ohne entsprechende Gegenmassnahmen einzuleiten. Wenn jede Pensionskassen ihr Geld so anlegen würde, wie vom Bundesamt für Sozialversicherung vorgegeben, dann würde keine einzige Pensionskasse im Minus stehen.

Wenn ich höre, dass 33 % Fremdwährungsanteile vorliegen, dann haben die zuständigen Personen ihren Job nicht richtig gemacht.

Per sofort müssen wir Parlamentsmitglieder die Sammelstiftung im Hinterkopf behalten. Sie hilft uns dabei, dass wir den Weg zum Guten wieder finden werden.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Kritik von Christian Zeyer (SP) nehme ich auf. Es bestätigt den Gemeinderat, dass wir uns für den Sanierungsprozess eingesetzt haben. Durch die sogenannten „Second Opinions“ haben wir an Breite und zusätzlicher Kompetenz

zugelegt. Das Ganze bleibt ein sehr komplexes Thema und wir sind auf Fachspezialisten angewiesen. Wir versuchen, die Fragen noch besser zu beantworten.

Das Thema "Sammelstiftung" möchte ich heute nicht diskutieren, sondern zu eine späteren Zeitpunkt eine entsprechende Rückmeldung vornehmen. Zuerst möchte ich die Meinungen des Gemeinderates in Erfahrung bringen.

Eduard Rippstein (CVP): Ich bin erstmals im Grossen Gemeinderat (GGR) überfordert und kann dem Thema nicht mehr folgen. Ich nehme an, dass es 80 % des Parlamentes ebenfalls so ergeht.

Ich stelle den **Ordnungsantrag**, die Diskussion abubrechen. Ich schlage dem Gemeinderat vor, eine Arbeitsgruppe zu bilden inkl. den fachspezifischen Personen aus dem GGR.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Wir haben über den Ordnungsantrag zu befinden.

A b s t i m m u n g

Der Ordnungsantrag wird einstimmig genehmigt.

B e s c h l u s s

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der Interpellation Kenntnis.

10.3.74 Interpellationen
63.0.00 Allgemeines
30.4.10 Verwaltungszentrum

16. Interpellation SP/Grüne-Fraktion betreffend Vernetzung von Angeboten für Familien mit Kindern im Vorschulalter und deren zukünftige Standorte; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist die Erstunterzeichnerin mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden?

Priska Zeyer (parteilos): Ja, ich bin mit der Beantwortung des Gemeinderates zufrieden.

B e s c h l u s s

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der Interpellation Kenntnis.

10.3.74 Interpellationen
63.14.30 Unterhalt Jugend- und Freizeithaus (früher: 63.682)

17. Interpellation Thulani Thomann (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Lärmschutzwand für eine freie Nutzung des Jugend- und Freizeithauses "Hangar"; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden?

Thulani Thomann (SP): Besten Dank für die Ausführungen resp. Antworten. Mir haben sich beim Lesen noch einige Fragen gestellt. Ich stelle deshalb den **Ordnungsantrag** auf Diskussion.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Das Parlament hat über den Ordnungsantrag abzustimmen.

A b s t i m m u n g

Der Ordnungsantrag wird mit 22 zu 3 Stimmen abgelehnt.

B e s c h l u s s

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der Interpellation Kenntnis.

10.3.72 Motionen
20.9.21 Pensionskasse

18. Überparteiliche Motion betreffend Sanierung der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO); parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt:

- im Stiftungsrat für eine Sanierungslösung mit Auflösung der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) einzutreten
- den Sanierungsvorschlag des Stiftungsrates auf jeden Fall dem Grossen Gemeinderat vorab zur Genehmigung zu unterbreiten.

Begründung

Wie die unten zitierten Kommentare⁹⁾ aus den Geschäftsberichten der PVS BIO zeigen, hat der Stiftungsrat den Ernst der finanziellen Lage der Stiftung über viele Jahre nicht erkannt und nicht gehandelt. Er hat weder die dringend angezeigten Massnahmen auf der Leistungsseite (insbesondere Wechsel auf das Beitragsprimat) ergriffen. Noch hat er für marktkonforme Renditen gesorgt (die PVS BIO hat im Zeitraum 2008 - 2013 keine Rendite erzielt, während der Pensionskassenindex der CS für den gleichen Zeitraum eine Steigerung von 13 % erzielte), wodurch sich die finanzielle Situation der Stiftung weiter verschlechtert hat. Bemerkenswert ist, dass trotz einer unter Berücksichtigung der fehlenden Risikofähigkeit der Stiftung sehr riskanten Anlagestrategie (insgesamt hoher Anteil an Aktien, Fremdwährungsanlagen, Wandelanleihen und alternativen Anlagen) keine marktkonformen Renditen erwirtschaftet werden konnten.

Es muss davon ausgegangen werden, dass bei der Führung der Vorsorgeeinrichtung gravierende strategische Fehler begangen wurden. Die „Checks and Balance“ haben offensichtlich nicht funktioniert. Geschäftsführung und Stiftungsrat, der die unübertragbare und nicht delegierbare Gesamtverantwortung trägt, stehen in der Pflicht. Aus diesen Fehlern müssen nun die richtigen Lehren gezogen werden: Die berufliche Vorsorge für die angeschlossenen Ge-

⁹⁾ Zitate aus den Geschäftsberichten:

- Geschäftsbericht 2010 (Deckungsgrad 85 %): „Die Stiftung steht finanziell eigentlich gut da, hat die Hausaufgaben gemacht und kann sämtliche Verpflichtungen erfüllen. Einzig den reglementarisch schlimmsten Fall könnten wir aktuell um knapp 15 % nicht finanzieren - nämlich der Fall, dass sämtliche versicherten Personen zu 100 % in validieren. (...) Die Stiftung ist auf gutem Weg, bietet unverändert überdurchschnittlich gute Leistungen an und steht finanziell auf solidem Boden.“
- Geschäftsbericht 2011 (Deckungsgrad 78 %): „Der Stiftungsrat hat seine Schlüsse aus der Geschichte der vergangenen Jahre gezogen und seine reglementarischen Leistungsziele angepasst. (...) Der Stiftungsrat ist überzeugt, mit diesen Entscheiden das Schiff auf Kurs zu halten d.h. langfristig in ruhige Gewässer hin zu steuern“.
- Geschäftsbericht 2012 (Deckungsgrad 79,79 %): „Das einzige, was wir für die nahe Zukunft beanspruchen, ist der Faktor Zeit“.
- Geschäftsberichts 2013 (Deckungsgrad 78,7 %): „Die Stiftung erlitt 2008 eine erhebliche Unterdeckung, aus welcher sie sich heute nicht erholt hat. Dies trotz zeitnahe Handeln und der Realisierung von vier Sanierungspaketen. Hier darf man sich fragen, warum es nicht vorwärts geht?“

meinden und übrigen Arbeitgeber muss bei einer anderen, besser funktionierenden Vorsorgeeinrichtung weitergeführt und die PVS BIO aufgelöst werden. Dies umso mehr, als eine Sanierung mit einer Weiterführung der Stiftung nicht billiger kommt als eine externe Lösung - der Fehlbetrag muss nämlich auf jeden Fall finanziert werden. Wegen der aus betriebswirtschaftlicher Sicht ohnehin zu geringen Grösse der PVS BIO wären eine professionelle und fachliche kompetente Führungsstruktur pro Kopf ohnehin teurer als eine gute externe Lösung.

Der Anteil der Gemeinde an den Sanierungskosten wird die Gemeinde in einer ohnehin bereits schwierigen Finanzlage massiv zusätzlich belasten. Der Gemeinderat soll deshalb die Zustimmung des Grossen Gemeinderates einholen, bevor er einer Sanierungslösung im Stiftungsrat zustimmt.

sig. Colette Nova (SP), L. Alberucci (GLP), M. Gasser (GLP), T. Bendoza (parteilos), P. Blaser (SP), H.R. Burkhalter (Grüne), T. Thomann (SP), R. Kehrlı (SP), P. Zeyer (parteilos), C. Zeyer (SP), W. Lehmann (SP), A. Thomann (SP), B. Grossniklaus (parteilos)

10.3.72 Motionen
30.4.61 Restaurant Tell

19. Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Verlängerung des Pachtvertrags von Stef's Kulturbistro; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, den per September 2016 auslaufenden Pachtvertrag von Stef's Kulturbistro, sofern durch die Mieterseite gewünscht, bis September 2019 oder einem früheren Zeitpunkt zu verlängern.

Begründung

Nach langen Jahren in denen der Tell leer stand oder sich mittelmässige Konzepte nicht halten konnten, ist nun mit dem Kulturbistro ein Restaurant eingezogen, das den leblosen Ort belebt und beseelt hat. Da das Tellareal als möglicher Standort für ein neue Verwaltungs- bzw. Dienstleistungszentrum erkoren wurde und die diversen heutigen Verwaltungsstandorte Sanierungsbedarf aufweisen, wurde der Pachtvertrag befristet. Mittlerweile stellt sich die Finanzsituation der Gemeinde Ostermundigen so dar, dass in mittelfristiger Perspektive die finanziellen Mittel für den Bau eines Verwaltungs- bzw. Dienstleistungszentrums nicht gegeben sind, weshalb das Unterfangen bereits aus dem Finanzplan zurückgestuft wurde. Im Sinne der Sicherstellung einer attraktiven Zwischennutzung bzw. eines lebendigen Dorfbildes und für die Planungssicherheit des pachtenden Betriebs erachtet es der Motionär als sinnvoll, dass die Verlängerung des Pachtvertrages gesichert wird.

sig. Bruno Grossniklaus (parteilos)

10.3.72	Motionen
20.3.00	Allgemeines
10.22.0.08	Ausgleich von Planungsvorteilen (früher: 10.2208)

20. Motion FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend Auflösung der Spezialfinanzierung „Abgeltung Planungsvorteile und Nutzungsabgaben durch Dritte“; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, alle notwendigen Massnahmen und Vorbereitungen zu treffen, damit der gesamte Bestand der Spezialfinanzierung „Abgeltung Planungsvorteile und Nutzungsabgaben durch Dritte“ (Konto 2281.101 in der Gemeinderechnung) aufgelöst und im Rechnungsabschluss 2015 für übrige Abschreibungen auf dem bestehenden (steuerfinanzierten) Verwaltungsvermögen verwendet wird.

Begründung

Diese Spezialfinanzierung, welche von Grundeigentümerschaften durch Planungsmassnahmen (wie Einzonungen) geäufnet und gemäss Reglement zu verwendenden ist, kann mit den - ab 1.1.2016 - neu geltenden Bestimmungen für das Rechnungsmodell HRM2¹⁰ finanzpolitisch überhaupt nicht mehr sinn- und wirkungsvoll - und in der, mit dem Reglement beabsichtigten Weise - eingesetzt werden. Aus diesem Grund ist eine rechtzeitige Auflösung und Verrechnung mit dem bisherigen Verwaltungsvermögen dringend zu empfehlen, weil damit eine - auf Jahre hinaus - markante Entlastung des Abschreibungsaufwandes auf dem alten Vermögen erreicht werden kann.

Der gegenwärtige Bestand von rund 20 Mio. Franken in der Spezialfinanzierung würde in den nächsten 12 Jahren (angenommene Abschreibungsfrist des noch bestehenden Verwaltungsvermögens) die Laufende Rechnung pro Jahr um rund 1,7 Mio. Franken entlasten. Das bedeutet einen erheblichen Beitrag zur Sanierung der aktuell schwierigen finanziellen Lage der Gemeinde.

Unter HRM2 wird ein komplett neues Abschreibungssystem eingeführt. Nach bisherigem Recht wurde dem Wertverzehr des Verwaltungsvermögens mit 10 % harmonisierte Abschreibungen auf dem Restbuchwert Rechnung getragen (degressiv). Neu werden die Anlagekategorien linear nach Nutzungsdauer abgeschrieben, was sich - in Bezug auf die neuen Investitionen - mit einer deutlichen Verminderung des Abschreibungsaufwandes auswirkt.

¹⁰ Einführung Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell 2

Das HRM2 ersetzt das aktuelle Harmonisierte Rechnungsmodell, das Anfang der 1980er-Jahre eingeführt wurde; es ist aber mehr als ein simples Lifting des aktuellen Systems. Beispielsweise wird das System der harmonisierten Abschreibungen auf dem Restbuchwert des Verwaltungsvermögens ersetzt durch ein Abschreibungssystem nach Lebensdauer der Anlagegüter. Auch wird ein neuer Kontenrahmen eingeführt. Dazu kommen neue Instrumente wie die Anlagebuchhaltung, die Geldflussrechnung sowie die ausgebaute Berichterstattung zur Jahresrechnung. Damit wird insbesondere dem Anspruch der Steuerzahlenden nach erhöhter Transparenz entsprochen.

Das neue Rechnungslegungsmodell nähert sich der Privatwirtschaft an und wird damit ein wirksames Arbeitsinstrument für die Behörden und die Verwaltung.

Die Einführung von HRM2 erfolgt etappenweise ab 2016

Unter diesen Umständen ist eine Vorfinanzierung von Investitionen, wie sie mit diesem Reglement über die Verwendung von Mehrwertabschöpfungen beabsichtigt gewesen wäre, überhaupt nicht mehr sinnvoll und dienlich. Ganz im Gegenteil, diese würde sich auch noch negativ auf die Selbstfinanzierung der Investitionen auswirken, was eine zusätzliche Schuldenerhöhung mit sich bringen würde.

In diesem Sinne wäre jeder Franken, der - über den 1.1.2016 hinaus - unnötigerweise in dieser Spezialfinanzierung verbleibt, ein ökonomisch schlecht eingesetzter Betrag, der sich nur negativ auf die Gemeindefinanzen auswirken würde.

sig. Raphael Rutschi, B. Leumann, T. Weibel

10.3.72 Motionen
63.13.10 Betrieb (früher: 63.152)

21. Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Auslagerung und Übertragung der KiTa-Plätze am Standort „Hummelinäsch“ an eine private Institution; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Auslagerung und Übertragung der Kindertagesstätte-Plätze am Standort Hummelinäsch an eine private Institution bis am 1. Februar 2016 zu prüfen.

Begründung

Die Gemeinde Ostermundigen leistet sich seit dem 1. Oktober 1990 zur Bewältigung der subventionierten KiTa-Plätzen an der Bernstrasse 66 eine eigene Liegenschaft. Die Betreuung von Kindern gehört nicht zu einer Kernaufgabe einer Gemeinde. Mit der Zusammenarbeit von privaten KiTas hat die Gemeinde bis anhin positive Erfahrungen gemacht. Professionelle und private Institutionen sind in der Regel fachlich besser aufgestellt, wirtschaftlich effizienter und darum besser im Stande, das Angebot an der Nachfrage auszurichten. Die Übertragung soll ein Gewinn für alle Beteiligten sein.

Folgende Vorteile entstehen für die Gemeinde:

- Kostenvorteile: Instandhaltungs- und laufende Betriebskosten am Gebäude und von Grünanlagen entfallen;
- Senkung Verwaltungsaufwand: Die Verwaltungsaufwände in den Abteilungen Soziales, Hochbau und Präsidiales sinken;
- Aufwertung Parzelle Bernstrasse 66: Die Parzelle an der heutigen Bernstrasse 66 könnte dichter genutzt werden. Die Aufwertung entspräche dem Strategiepapier „Wegweiser 2025“. Die Gemeinde kann als gutes Vorbild vorausgehen.

Die FDP.Die Liberalen bekennen sich für eine mass- und sinnvolle Förderung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

sig. Tobias Weibel, R. Rutschi, B. Leumann

10.3.73 Postulat
40.1.22 Bus, Allgemeines

22. Postulat Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Doppelgelenkbusse auf der Linie 10; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt die Einführung von Doppelgelenkbussen auf der Linie 10 zu prüfen, zwecks Bewältigung des prognostizierten künftigen Verkehrsaufkommens. Dem Grossen Gemeinderat ist Bericht zu erstatten.

Begründung

Am 28. September 2014 wurde das Projekt „Tram Region Bern“ durch die Stimmberechtigten von Ostermundigen mit 53,4 % abgelehnt. Nun ist es an der Zeit, über konkrete Lösungen zu diskutieren. Frau Gemeinderätin Ursula Wyss hat anfangs Februar den ersten Schritt gemacht mit ihrem Vorschlag einer Taktverdichtung. Einer Taktverdichtung, von der vorher immer einstimmig deren Unmöglichkeit und Unsinnigkeit betont wurde. Es darf und kann nicht sein, dass die Debatte über die verkehrspolitische Zukunft unserer Gemeinde weitgehend einzig von Bern aus geführt wird oder rein auf Regierungsebene.

In mehreren eidgenössischen und europäischen Städten wurden Doppelgelenkbusse erfolgreich eingeführt. Im Zuge einer voraussichtlichen zweiten Tramabstimmung ist es wünschenswert, dass Parlament und Bevölkerung über mögliche Alternativen zum Status Quo und dem Bau eines Trams informiert sind. Zumal in der Initiative scheinbar das gesamte Rütliquartier vom ÖV abgeschnitten werden soll und die kantonalen Gelder verfallen sind. Insbesondere aber auch die finanzielle Lage der Gemeinde hat sich mit der notwendigen Sanierung der gemeindeeigenen Pensionskasse rasant verschlimmert.

sig. Bruno Grossniklaus

10.3.73 Postulat
10.22.0.07 Baureglement (früher: 10.2207)

23. Postulat Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Raum für einen Gewerbe- park; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die nötigen Schritte zu prüfen, um die Landwirtschaftszone zwischen Forelstrasse, Untere Zollgasse und Bolligenstrasse parzellenweise in ausschliessliche Industrie- bzw. Gewerbezone umzuwandeln, damit ein Gewerbegebiet errichtet werden kann. Dabei ist auf die Verträglichkeit mit dem angrenzenden Wohnquartier, soweit sinnvoll, zu achten.

Begründung

Seit Jahren versucht die Gemeinde ihre Finanzen über den Zuzug „besserer“ Steuerzahler zu sanieren. Da allerdings in grossem Massstab Eigentumswohnungen für gehobenen Standard, statt bezahlbare Mietwohnungen für den breiten Mittelstand errichtet wurden, blieben die erhofften Effekte bislang weitgehend aus. Darüber hinaus besitzt Ostermundigen keinen grossen Gewerbe- bzw. Industriepark wie andere Gemeinden (z. B. Muri-Gümligen, Thun oder Ittigen), welcher Raum für gewerbliche Entwicklung zulässt. Das macht die Ansiedlung von neuem handwerklichem Gewerbe bzw. Industrie sowie die Weiterentwicklung für heimische Betriebe mit Expansionsplänen schwierig. Deshalb wäre die Errichtung eines Gewerbebezirks für das handwerkliche Gewerbe und die Industrie sinnvoll. Das oben beschriebene Areal ist hierfür ideal. Es ist gut erschlossen mit ÖV und mIV, allerdings nicht mitten in unserem Siedlungsgebiet. Trotz der Angrenzung zum Wohnquartier an der Forelstrasse sollte es zu keinem Konflikt kommen, da die Grösse des Feldes einen geschickten Aufbau des Gewerbebezirks Ostermundigen ermöglichen würde, der die Lärmemissionen für das angrenzende Quartier minimiert. Darüber hinaus können die baubehördlichen Gremien entsprechende Auflagen erlassen.

Zudem würden sich für die Wirtschaft synergetische Effekte ergeben durch den Umstand, dass der Werkhof, die Arbeitszone Möslis sowie Gewerbe auf der Berner Seite der Gemeindegrenze in der Nähe sind bzw. direkt angrenzen. Die Regionalökonominnen Alfred Weber und Brian Arthur zeigen auf, dass für die Wirtschaftskraft einer Region das Zentrum und die Agglomeration eine symbiotische Einheit bilden. Lassen die „Thünen Ringe“ diesem Umstand anhand der Beobachtung des Ist-Zustandes der Raumentwicklung erahnen, so zeigen Weber und Arthur, dass die Agglomerationseffekte (Infrastruktur, vorhandenes Gewerbe, Bildungsinstitutionen, Wohnqualität etc.) einen bedeutenden Einfluss auf den wirtschaftlichen Aufstieg respektive Niedergang ganzer Regionen hatten und haben. Ein Gewerbegebiet würde Ostermundigen eine Weiterentwicklung zu einem attraktiven Gewerbeort ermöglichen und so neben einer Verkleinerung des finanziellen Klumpenrisikos (Emmi AG) ein zweites Standbein bezüglich Steuereinnahmen schaffen.

sig. Bruno Grossniklaus

10.3.74 Interpellation
13.11.51 Musikschule Unteres Worblental

24. Interpellation FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend Musikschulzentrum Unteres Worblental - Stand der Dinge; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Gemeinde Ostermundigen ist an die Musikschule Unteres Worblental angeschlossen. Das Musikschulzentrum ist jedoch seit Jahren baufällig, auch weil bis heute diverse Sanierungsprojekte gescheitert sind. Geplant wäre gewesen, dass ein neues Zentrum bis 2014 fertig gebaut ist.

Fragen

1. Was sind die Gründe, dass das Musikschulzentrum noch nicht fertig ist?
2. Wie viel Geld wurde bereits ins Vorprojekt investiert und was waren bis jetzt die Kosten für die Gemeinde Ostermundigen?
3. Inwiefern hat der Gemeinderat Einfluss auf das Projekt, das auf Bolligerboden realisiert werden soll?
4. Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, damit es mit diesem Projekt zügiger vorwärts geht?
5. Wer trägt die Hauptverantwortung für den Bau des Projekts?
6. Welcher Finanzierungsschlüssel ist für den Bau des Zentrums vorgesehen?
7. Wie hoch sind die Kosten für Ostermundigen und wieso sind diese noch nicht im Finanzplan ausgewiesen?
8. Wann ist das neue Musikschulzentrum einzugsbereit?

sig. Tobias Weibel, R. Rutschi, B. Leumann

10.3.74	Interpellation
20.3.01	Jahresrechnungen
30.4.10	Verwaltungszentrum

25. Interpellation GLP/CVP-Fraktion betreffend finanzielles Optimierungspotential bei einer Zentralisierung der Gemeindeverwaltung in einem neuen Verwaltungszentrum; parlamentarischer Neueingang

Ausgangslage

Die Verwaltung der Gemeinde Ostermundigen ist aktuell dezentral über mehrere Standorte verteilt. Bei einer Zentralisierung in einem neuen Verwaltungszentrum ist von einem finanziellen Optimierungspotential auszugehen. Zum Einen wegen Einsparungen, welche insbesondere aufgrund eines geringeren Mietzinsaufwands (inkl. Nebenkosten) und einer grösseren Effizienz bei der Erbringung der Dienstleistungen gemacht werden könnten, und zum Anderen wegen Mehreinnahmen, welche durch anderweitige Nutzung (z. B. Abgabe im Baurecht) von freigewordenen, eigenen Liegenschaften generiert werden könnten.

Um die finanzielle Angemessenheit potentieller Projekte für ein neues Verwaltungszentrum zu beurteilen, sollte dieses finanzielle Optimierungspotential von der Gemeinde geschätzt werden. Dabei sollten betriebliche Rahmenbedingungen, so wie die Trennung der Abteilung Soziales von der übrigen Verwaltung, mit berücksichtigt werden. Falls angebracht, sollten mehrere Varianten für eine Zentralisierung berücksichtigt werden.

Fragen

1. Wie gross schätzt die Gemeinde die Einsparungen und Mehreinnahmen ein, welche bei der Laufenden Rechnung gemacht würden, wenn die Verwaltung soweit betrieblich sinnvoll zentralisiert würde?
2. Welche Budgetposten wären in welchem Ausmass von den Einsparungen betroffen? Wie gross wären insbesondere die Mietzinsersparnisse und die Personalkostensparnisse?
3. Wie gross schätzt die Gemeinde die Mehreinnahmen ein, welche durch anderweitige Nutzung von aktuell belegten, eigenen Liegenschaften generiert werden könnten?

sig. Luca Alberucci, E. Rippstein, M. Gasser, C. Luyet, S. Löhner, T. Bendoza

Persönliche Erklärungen

Andreas Thomann (SP): Ich möchte eine mündliche einfache Anfrage nach Artikel 52 der Gemeindeordnung anbringen.

10.3.75 Einfache Anfrage

26. Mündliche Anfrage Andreas Thomann (SP) betreffend die Auswirkungen der Behörden- und Verwaltungsreform

Ausgangslage

Der Gemeinderat hat per Halbzeit der Legislatur einen Marschhalt gemacht und am 11. Februar 2015 eine Medienmitteilung erlassen. Die Parlamentsmitglieder haben diese erhalten.

Als Schwerpunkt fehlt mir dabei eine Einschätzung der Situation nach zwei Jahren "Umsetzung der Behörden- und Verwaltungsreform". Der Gemeinderat erwähnt in einem Satz, dass von den Gemeinderatsmitgliedern zum Teil das dreifache Pensum geleistet werden muss und er deswegen besorgt ist.

Den Ratsmitgliedern ist auch bekannt, dass es in der Verwaltung zu "Burnouts" gekommen ist.

Frage

Gedenkt der Gemeinderat auch diesen Punkt (Auswirkungen) noch zu beurteilen und gegebenenfalls Massnahmen einzuleiten?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Da werden zwei Elemente angesprochen. Der Marschhalt zur Behörden- und Verwaltungsreform hat der Gemeinderat bereits im Rahmen eine Klausur vorgenommen. Da wurden verschiedene Aufträge erteilt. Ein Schlussbericht soll bis zur nächsten oder übernächsten GGR-Sitzung erstellt werden.

Der Schlussbericht der Behörden- und Verwaltungsreform fällt relativ umfangreich aus. Ein wichtiges Element ist, dass die Behörden- und Verwaltungsreform zu rund zwei Drittel abgeschlossen werden konnte. Bei der Abteilung Soziales konnte die Behörden- und Verwaltungsreform noch nicht abgeschlossen werden. Die Themen sind da besonders anspruchsvoll. Ebenfalls läuft noch eine Reorganisation. Mit einer Task Force¹¹ wird zur Zeit versucht, die laufenden Amtsgeschäfte in den Griff zu bekommen.

Der Schlussbericht kann verfasst werden, wenn alle Arbeiten abgeschlossen sind.

¹¹ Duden: Arbeitsgruppe; Krisenstab

Raphael Rutschi (FDP): Heute Abend bin ich zum letzten Mal als Parlamentsmitglied anwesend. Es war für mich eine spannende und abenteuerliche Reise. Während den vier Jahren hat sich in meinem beruflichen und privaten Umfeld einiges geändert. Ich bin zum Schluss gekommen, mit der Weiterbildung und meiner neuen Stelle, zusammen mit der Politik, von meinen politischen Mandaten zurückzutreten. Ich wünsche euch allen hier im Tellsaal alles Gute.

----- **A p p l a u s** -----

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Besten Dank Raphael für deine politische Mitarbeit.

- ① Ich möchte noch auf den Kehrtrichter beim Ausgang aufmerksam machen. Mit dessen Benützung helfe ich dem Ratssekretär bei den Nacharbeiten zur heutigen Sitzung - besten Dank!

Ich freue mich, wenn sich möglichst viele im Restaurant National dem Imbiss hingeben werden.

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsident:

Der Ratssekretär:

Rudolf Mahler

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler a. i.:

Der Stimmenzähler:

Hasan Ögüt

Gerhard Zaugg